

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Donnerstag, den 15. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Lehrer und Herren.

„Wel legt Verpflichtungen auf!“ So lautet bekanntlich die hochtönende Devise, die das preussische Junkertum von den edelgeborenen Aufsteigern des vorrevolutionären Frankreich entlehnt hat. Freilich interpretiert das Junkertum diese „Verpflichtungen“ heute nicht mehr mit der Deutlichkeit früherer Zeiten, deren „Edelmannslehren“ u. a. empfahlen, dem Bauern, „wenn er nummen Fleinung hat“, die Gurgel abzureißen und die Kaufleute „mit premen und mit tauben“ wie die Säue zu „befangen“. Heute erreicht man unter dem Motto: „Jedem das Seine“ auf gesetzlichem Wege durch Herikalen Zoll- und Protowucher das gleiche und selbst ein höheres Resultat, das die Notwehr, wie sie noch der Leibeigene des Mittelalters Plünderungen entgegenzusehen vermochte, als Verbreden zu brandmarken versteht. Wenn aber irgend ein Stand den geistlichen Segen der Junkerknute am eignen Fleische zu kosten bekommen hat und noch zu kosten bekommt, so sind es die preussischen Volksschullehrer, zumal soweit sie auf dem platten Lande von den gnädigen Patronen unmittelbar abhängen. Nichts wäre wohl selbstverständlicher für ein Gemeinwesen, als diejenigen Männer und Frauen, in deren Hände die Heranbildung und damit zum guten Teile das Schicksal der aufwachsenden Generationen gelegt ist, der materiellen Not zu entheben, ihnen, wenn schon kein glänzendes, so doch ein auskömmliches Dasein zu gewähren. Nach unsäglichen Mühen ist ja nun im Jahre 1897 ein Befolgungsgesetz durchgedrückt worden, das wenigstens den dringendsten Bedürfnissen abhalf, wenn es auch die Gesamtstellung zumal der Lehrer in den sogenannten Provinzen nahezu um nichts gebessert hat. Im übrigen aber gebührt Preußen der einem modernen Kulturstaate höchst würdige Rahn, wie manche seiner unteren Beamtenkategorien noch heute, so auch die Volksschullehrer und ihre Hinterbliebenen dem Hunger preisgegeben zu haben. Auch dafür bieten die von uns bereits wiederholt angelegenen Verhandlungen des preussischen Herrenhauses, insbesondere die älteren Jahrgänge, den allemöglichen Beleg.

Ende der sechziger Jahre hatte sich auf dem Gebiete des Hilfsklassenwesens für die Hinterbliebenen von Lehrern namentlich infolge häufiger Insolvenz der Institute eine schwere Kalamität herausgebildet. Hier griff das Gesetz vom 29. Dezember 1869 ein. Dasselbe regelte die allgemeinen Verhältnisse der Lehrerpensionsklassen nach einheitlichen Gesichtspunkten, schrieb ein Maximum und ein Minimum der außerordentlichen wie der ordentlichen Beiträge der Klassenmitglieder vor, und stellte, was die Hauptsache war, die Garantiepflicht des Staates für diejenigen Klassen fest, welche sich als nicht leistungsfähig erweisen würden. Soweit ließe sich gegen das Gesetz gewiß nichts einwenden. Aber des Pudels Kern war eben nicht, in dem Lehrer-Hilfsklassenwesen Ordnung zu schaffen. Die unelendlichen Verhältnisse, die sich hier im Laufe der Zeit herausgebildet hatten, wurden zum Anlaß und Wortwand genommen, um die Unterstützungspflicht für die Lehrereisten, die bisher vorwiegend auf den selbständigen Guts- und Domänenbezirken geruht hatte, materiell auf die Lehrer selber abzuwälzen. So wurde zwar der jährliche Unterstützungssatz für die Witwe z. B. auf ein an sich freilich durchaus ungenügendes Minimum von 50 Thaler erhöht. Dafür aber konnten die jährlichen Beiträge nach § 3 des Gesetzes auf 6 Thaler gesteigert werden; bei Eintritt der Versicherung waren 8 Thaler, bei jeder Gehaltsaufbesserung die Summe von 25 Proz. des einmaligen Jahresbetrages derselben zu erlegen. Die Beiträge der Gemeinnden und der selbständigen Guts- und Domänenbezirke dagegen wurden laut § 4 des Gesetzes für jede Lehrerstelle des Bezirkes auf nur 4 Thaler bemessen.

Junkerlicher Profitgier waren natürlich diese Vorteile noch nicht genügend; sie stieß sich an dem der „Lastenverteilung“ zu Grunde gelegten „Prinzip“. So eiferte der hochfeudale Baron v. Senff-Pilsach: „Es handelt sich nicht darum, daß die Schullehrer-Witwen und Waisen ihre Pension nicht bekommen, sondern lediglich darum, nach welchen Prinzipien die Last verteilt werden soll, und da, meine Herren, sollen wir doch keine Verhältnisse treiben!... Wir sind doch nicht hier, um Gesetze auf Gefühle zu basieren, sondern auf Recht und Gerechtigkeit...“ Worin dieses „Recht“ und diese „Gerechtigkeit“ im Grunde bestanden, ließ in seiner Erwiderung der Reichstagsabgeordnete v. Brunnemann deutlich genug merken. „Ich würde es“, meinte er salbungsvoll, „nach meiner Ueberzeugung wenigstens geradezu für eine Härte und Ungerechtigkeit gegen die Bauern und andre Gemeindeglieder halten, wenn man bei einem Pensionierungsgesetz für Witwen und Waisen von Elementarlehrern die Patrone als Gutsbesitzer von jedem Beitrag dazu befreien wollte. Wie steht denn die Sache heute? Wenn gegenwärtig eine Lehrerin wegen unzureichender Pension der Armenunterstützung anheimfällt, so fällt ihre Unterstützung, wenn nicht allein, so doch bei weitem zum größten Teile dem Gutsbesitzer innerhalb der Gemeinde zur Last. Nach dem vorliegenden Gesetze wird der Gutsbesitzer künftig einen Beitrag von vier Thaler zu zahlen haben und damit jedenfalls viel besser in solchem Falle fortkommen als bisher.“ Dieses Argument war denn auch zu durchschlagend, als daß die Herrenhausmajorität mit dem ihr angeborenen Instinkte für den fetten Spagat gegenüber imaginären Tauben sich ihm hätte verschließen können.

So gab man sich den Anschein, für die Lehrereisten Vorsorge zu treffen, während man in Wahrheit die Besiegten entlastete, um dafür die Armen zu belasten. Klar und deutlich sprach die ganze Tendenz jener Lastenabwälzung einer derer von Bethmann-Hollweg aus, als er später sein patriarchalisches Wohlwollen für seine Kostgänger in folgenden Erguß zusammenfaßte: „Die Hinterlassen oder Tagelöhner der in derselben Schulgemeinde befindlichen Gutsbezirke, sagt die Finanzabteilung, werden durch 120 Prozent Zuschlag

(zur Klassensteuer für Schulzwecke) überlastet, hier hat aber die Gutsbesitzer einzutreten. Nach meiner Erfahrung aber ist die königliche Regierung gar nicht in der Lage, zwangsweise die Gutsbesitzer zur Zahlung für die Tagelöhner anzuhalten und so müssen diese schließlich doch den ganzen Zuschlag zahlen. Sehr viele Gutsbesitzer sind nicht der Ansicht, daß die Gutsbesitzer durch einen Klassensteuereinschlag von 120 Prozent überlastet seien... Wo ich dieser Ansicht bin, lasse ich sie ruhig zahlen und erwarte, daß im Wege der Exekution festgesetzt wird, ob sie zahlen können oder nicht...“

Den Unzuträglichkeiten und der Not, der die Landlehrer infolge meist mehr als länglicher Befolgung sich ausgesetzt sahen, war damit dem obigen Befehl allerdings in keiner Weise abgeholfen. So sah man sich denn im Jahre 1875 endlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der immer zahlreicher werdenden Petitionen genötigt, im Extra-Ordinarium drei Millionen zur Aufbesserung der Lehrergehälter zu bewilligen. Angesichts dessen konnte es sich die preussische Regierung nicht versagen, einen Erlaß vom Stapel zu lassen, in dem sich folgende bezeichnende Stelle findet: „Es muß erwartet werden, daß die Aufbesserung der Elementarlehrer-Gehälter mit Hilfe der jetzt bewilligten Staatszuschüsse zu einem einstweiligen Abschluß gelange. Die Hoffnung auf diesen Erfolg ist um so berechtigter, als einerseits die aus den Lehrereisten bis in die neueste Zeit vielfach wiederholten Klagen über fortwauernde Steigerung der Preise ihrer Lebensbedürfnisse nicht mehr für zutreffend erachtet werden kann, andererseits aber das Vertrauen gehegt werden muß, daß die Lehrer selber ihre Hoffnungen und Ansprüche richtig begrenzen werden.“ Wie diese väterliche Mahnung aufgefaßt werden konnte, gab später bei der Beratung eines Antrages über die Schulaufsicht von Geistlichen der alte von Kleist-Regow zum besten. „Was nun die Lehrer betrifft“, meinte er, „so sind die Unterrichtsfächer so gesteigert, daß auf den Seminarien selbst französisch getrieben wird... Jeder Mensch, der in einer untergeordneten Stellung ist, sieht empor zu ihnen, die über ihm stehen, wie das Kind zu seinem Vater, und ohne daß er es will, richtet sich danach sein Leben und Wesen... Jetzt richtet sich das Leben der Lehrer nicht mehr so wie früher nach dem Leben des Geistlichen, wo sie weltliche Schulinspektoren haben. Wer fällt die, welche in ein Wirtshaus gehen und Bier trinken oder vielleicht dort tanzen oder gar Karten spielen? Aber für die Lehrer ist es kein gutes Beispiel; für die ganze Lebendrichtung der Lehrer, welche ein geistliches Leben führen sollen, ist es zum Verderben.“

Je geringer aber das Interesse war, welches das Junkertum den persönlichen Verhältnissen seiner Lehrerschaft entgegenbrachte, um so nachdrücklicher und ausgiebiger mußte es vorgeblichen Schädigungen seiner eignen Interessen entgegenzutreten. Im Jahre 1877 debattierte es an der Hand einer schlesischen Petition lang und ausführlich über die Art und Weise, wie die Regierung die Schuldotationsgelder zur angeblichen Verantheiligung der hochfeudalen Herrschaftsbesitzer zu verteilen pflege. Insbesondere die Begründung der Petition durch den Standesherrn v. Anckel-Döberitz ist so charakteristisch und bringt die junkerliche Selbstsucht so kraß zum Ausdruck, daß sie hier in einigen ihrer markantesten Stellen wiedergegeben sein mag. Er sagte:

„Es wird angeführt, daß nach einem Reglement von 1801 die Schuldotations-Angelegenheiten bereits im wesentlichen reguliert seien, daß aber das Reglement durchaus nicht mehr zeitgemäß und von seiten der Regierung in einer ungerechten Weise fortwährend ausgedehnt und auf höhere Dotationen der Lehrer hingedrängt werde. Es sei die Bedrückung nachgerade unerträglich geworden, namentlich auch bei Verteilung der Staatsubventionen insofern nicht überall gleichmäßig verfahren werde, die Domänenbesitzer vielfach hintangesetzt würden und die sogenannten Stellenbesitzer — also was wir in den übrigen Provinzen Landgemeinden nennen würden — dabei bevorzugt worden seien, insofern man die Großgrundbesitzer, namentlich Herrschaftsbesitzer immer für prästentionsfähig gehalten habe. Es sei dies dahin zugespielt worden in einem Falle, daß die Regierung in Oppeln 60 000 M. der Staatsubventionsgelder als „in ihrem Bezirk nicht verwendbar“ zur Staatskasse zurückgeschickt habe. Es wird ferner geklagt, daß die Schuldotations-Erhöhungen gelegt werden auf die Großgrundbesitzer und die Stellenbesitzer, nicht aber auf die übrigen Hausväter der Schulgemeinde, die doch nach der Entwicklung der neueren Lohnverhältnisse heutzutage sehr wohl als prästentionsfähig erachtet werden müssen.“

Für die Thatfache also, daß zur Verfügung stehende Staatsgelder nicht in die Hände der kümmerlich besoldeten Lehrer gelangen, hat man kein Wort des Widerspruchs, wohl aber zeter man aus voller Kehle und so laut als möglich über die dem Junkertum angeblich entgangene „Subvention“. Den Inhalt und die Tendenz der ganzen, vom nacktesten und widerwärtigsten Egoismus diktierten Debatte faßte denn auch ein Vorsahr unfires bekannten Dreischrafen in die unzuweifelnden Worte zusammen: „Ebenso wie ich der Ansicht war, daß es dringend notwendig war, die Lehrergehälter zu erhöhen, so muß ich jetzt sagen, es ist genug damit, es ist in manchen Fällen schon zu viel geschehen.“

Wie unhaltbar aber die Lage des Lehrerstandes geworden, ergab sich bereits vier Jahre nach Beratung dieser famosen Petition, als die preussische Regierung wiederum unter dem Druck der sich regenden öffentlichen Meinung zu einer „Aufbesserung“ der Lage der Witwen und Waisen der Lehrer schreiten mußte. Das preussische Ministerium hatte die Stimm, dem Reichstunde mit einer einmaligen Bewilligung von 53 000 M. und einer dauernden von 10 000 M. abhelfen zu wollen. Wie unsagbar lächerlich dieser Vorschlag war, bewies das Vorgehen des Abgeordnetenhauses, welches ohne weiteres

den Betrag auf „100—250 000 M.“, wie es in den Akten des Herrenhauses heißt, erhöhte, ein Vorgehen, das Regierung wie Herrenhaus, wenn auch unter Rechen und Stöhnen, als billig anerkennen mußten, deshalb als billig anerkennen mußten, weil auch diese Summe bei weitem nicht genügt, um allen berechtigten Ansprüchen zu genügen. Wenn man sich aber auch zu dem schweren Schritt entschloß, so unterließ man doch auf der andren Seite nicht, daran die Drohung zu knüpfen, daß es nunmehr auf absehbare Zeit mit allen Bewilligungen zu Ende sei, daß man weitergehende Anträge ohne weiteres abweisen würde. Wie ernst es dem Junkertum mit dieser Drohung war, bewies die Behandlung, die im folgenden Jahre eine Petition im Schulannte ergrauter Veteranen des platten Landes erfuhr. Diese erbaten eine vom sogenannten Mittelgehalt ausgehende und mit dem Dienstalter steigende Gehaltskala oder, falls dies nicht anging, eine Befreiung des unter ihnen herrschenden Notstandes durch reichlichere Staatszuschüsse. Der berichtstattende Graf zur Lippe erkannte den Notstand unumwunden in seiner ganzen Ausdehnung an, befreite jedoch die Petition mit den lakonischen Worten, es komme namentlich bei den Elementarlehrern auf dem Lande darauf an, zu untersuchen, unter welchen Verhältnissen sie von Hause aus angestellt seien. „Der große Teil von ihnen hat von vornherein gewußt, daß sie ein Gehalt beziehen, welches kaum verändert, namentlich kaum erhöht werden kann.“ Dieselben Herren, die über eine ihnen entgangene Subvention von zehntausend Mark stundenlang und hitzig zu diskutieren für wert und nötig hielten, beantworteten die Notstandspetition im Amt ergrauter Lehrer, indem sie dieselbe der Regierung debattellos „zur Erwägung“, d. h. dem Papierkorb überwiesen, wobei man nur aus Opportunitätsgründen einen direkten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung fallen ließ. Wie aber Regierung und Junkertum an der obigen brutalen Drohung in der ganzen Folgezeit auf das zähste festgehalten und sich materiellen Aufbesserungen in der Lage der Volksschullehrer stets auf das nachdrücklichste widersetzt haben, ist in die Erinnerung der lebenden Lehrergeneration mit brennenden Lettern eingegraben.

Noch heute giebt es im Osten zahlreiche provisorisch angestellte Lehrer, die bis zum 20. Jahre ein Gehalt von 600 M. beziehen, 1,80 M. für den Tag. In Ostpreußen erreichten nach einer neueren Statistik von 2763 Landlehrern 2647 nur das gesetzliche Mindestgehalt von 600 M. In Pommern waren mehr als 85 Proz. aller Lehrstellen mit dem Mindestgehalt dotiert. Preußen ist dank der Junkerherrschaft auch auf diesem Gebiete der rückständigste Staat. In Preußen ist das Durchschnittsgehalt eines Lehrers im dreißigsten Dienstjahre 1700 M., in Anhalt dagegen 2430, in Hessen 2000 M., in Sachsen-Gotha 2100 M.

Die Junker sind nach wie vor die Todfeinde der Lehrer, weil sie den bildenden Einfluß gutbezahlter, unabhängiger Volkserzieher auf die Landarbeiter fürchten. Geistige Aufklärung bringt auch materielle Begehrlichkeit, Kulturansprüche mit sich. Das will das Junkertum verhindern. Beklagte doch im Jahre 1899 der damalige Landwirtschaftsminister v. Hammerstein, daß infolge der überspannten Lehrer „viele Kinder den Begriff dafür verlieren, wofür der liebe Gott sie auf das Land geschickt hat, daß sie dort ihr Unterkommen finden sollen.“ Wofür? Höre zu sein der Großgrundbesitzer, dazu hat der liebe Gott im Osten Menschen wachsen lassen. Und weil tüchtige, ernsthafte Lehrer ihren Schülern leicht höhere Ansprüche an das Leben beibringen, darum sollen die Landlehrer selbst auf möglichst niedriger Stufe bleiben. Erst das Proletariat wird im Stande sein, die Lehrer von dem Joche der brutalsten Klasse, die je gekauft hat, zu befreien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Oktober.

Der Hossjude gegen das Reichstags-Wahlrecht.

In einer Versammlung, die Reichstags-Abgeordneter v. Gerlach in Hamburg abhielt, erklärte er, daß einer ihm zugegangenen authentischen Mitteilung nach Herr Wallin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, sich vor Kurzem ernstlich bemüht habe, ein großes Hamburger Blatt zu einer Stellungnahme gegen das bestehende Reichstagswahlrecht zu veranlassen; diese Bemühungen seien jedoch ohne Erfolg geblieben. v. Gerlach betonte, daß er diese Mitteilung absichtlich veröffentlichte, da es bei den Beziehungen Wallin's von hohem Interesse sei, zu wissen, ob derselbe wirklich in solcher Weise an der Untergrabung des Wahlrechts arbeite. Wenn Herr Wallin hierauf schweige, so wisse man genug.

Als das Blatt, auf das Herr Wallin zu wirken versucht hat, ist der liberale „Hamburg-Korrespondent“ anzusehen, der, im Gegensatz zu den schwarzemacherischen „Hamburg-Nachrichten“, auf dem Boden des gegenwärtigen Reichstagswahlrechts steht.

Herr Wallin ist bekanntlich ein Bevorzugter des deutschen Kaisers.

Wie Hässener den Toßschlag führt. Hässener verbüßt auf der Festung zu Magdeburg zur Zeit seine „Häftstrafe“. Man kann ihn, so teilt die „Saale-Zeitung“ in Halle mit, täglich von nachmittags 2 Uhr ab in Begleitung eines Offiziers auf dem Breitenweg oder sonst einer der Hauptstraßen promenieren sehen. Hin und wieder bringt er seine freien Stunden auch in einem Restaurant zu.

Wir erachten vorläufig diese Mitteilung der „Saale-Zeitung“ für unglaubwürdig. Denn selbst wenn die „Ehrenhaft“ auf der Festung derartige Freiheiten zulassen sollte, wie sie die Mitteilung meldet, so wird es doch nirgends begriffen werden können, daß dem Hässener nach der unerhörten mißlichen Abhandlung seiner Untat solche Vergünstigungen zu teil werden. Aufklärung seitens der Behörde ist dringend erforderlich.

Die Infiltrations-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialreise oder deren Antritt 40 Flg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Tage 20 Flg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Flg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Korrespondenz: „Socialdemokrat Berlin“.

Vom guten Ton im Centrum.

Aus Mannheim schreibt man uns: Vor dem Landgericht Offenbach wurde eine Privatseidewandlung in der Verurteilung verhandelt, die auf das Treiben des Ultramontanismus grelle Schlaglichter wirft. Zwei Centrums-Journalisten, der Redakteur eines schwarzen Winkeltätlers und ein Schriftsteller der Dorfparter, wollten die Geldstrafen los sein, zu denen sie vor einigen Wochen von einem badischen Schöffengericht wegen Verleumdung des als Kulturkämpfer bekannten Markgrafen Hochschul-Professors Böhtlingk verurteilt worden waren. Das Ergebnis der nahezu achtstündigen Verhandlung war jedoch für das ganze System der ultramontanen Kampfesweise gegen politische Gegner ein derart vernichtendes, daß das Gericht nicht nur die eingelegten Verurteilungen verworfen, sondern auch die Widerklagen der beiden Centrums-Journalisten verworfen und ihnen die gesamten, nicht unerheblichen Kosten aufbürdete. Der als Vertreter der Verurteilten fungierende Herrliche Land- und Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Fehrenbach-Freiburg holte sich dabei im Medelampfe mit Professor Böhtlingk eine geradezu schmachvolle Niederlage. Es gelang dem letzteren, an der Hand eines umfassenden Beweismaterials in markanten Zügen ein Bild von der persönlich gehässigen, auf den materiellen Ruin des Gegners abzielenden Kampfesweise zu entwerfen und die Folgen der fanatischen Hege der Pfafferei gegen ihre Widerfächer deutlich aufzuzeigen. Tag für Tag denunzierte die schwarze Presse während des Klosterstreites der Regierung den Professor Böhtlingk als „hereingekamelter Kuffen, der nur dem Mammon nachjagt.“ bei den Studenten keine Autorität besitze und deshalb von seinen Lehrlern heruntergeholt werden müsse. Die verheerenden Centrumschellen der Residenz kletterten jedoch auch vor den schmutzigen und gemeinsten Unbescheiden und Drohungen nicht zurück. Man warf dem verhassten Professor mit großen Steinen die Fenster ein, besudelte ihm die Haustür mit Urat und sandte ihm fast täglich anonyme Briefe des gemeinsten, schmutzigen Inhalts, in denen man ihm sogar mit Totschlägen drohte. Und das ging alles von derselben Partei aus, die jetzt nicht genug über den „roten Ton“ der Socialdemokratie und über den „Terrorismus“ schreiben kann, dessen sie sich angeblich im Kampf gegen ihre Gegner bediene! —

Die Kunst, falsch zu citieren, ist das einzige Talent der gegenwärtigen Minister. Eine Probe dieses Talentes hat auch Herr v. Rheinbaben in seiner Posener Rede abgelegt. Da alle Worte, die nach etwas Klingeln, naturgemäß von Hohenzollern erklingen sein müssen, so endete er auch einen bisher unbekanntem Wahlspruch Friedrichs II.:

„Wenn wir uns nun überlegen, wie wir diesen Weg gehen sollen, darf ich Sie, meine Herren, wohl erinnern an einen weiteren preussischen Wahrspruch, das Wort Friedrichs des Großen: „Ich dien.“ Dieses Wort ist von jeder der Stolz der preussischen Monarchen gewesen, die sich stets in den Dienst ihres Volkes gestellt haben. Wenn die Liebe zu unserem Königshause so tief eingegraben ist in das Herz jedes einzelnen, so ist dies der durch die Jahrhunderte bewährte Hingebung der Hohenzollern für ihr Volk zu danken. Von Friedrich dem Großen bis Kaiser Wilhelm II. hat jeder unserer Monarchen seinem Volke mit beispielloser Hingabe gedient.“

Die Hohenzollern haben es nicht notwendig gehabt, ihrem Wahlspruch zu wider zu handeln; denn das Wort ist ebenso unecht wie die behauptete Hingabe. Niemand hat Friedrich II. das „Ich dien“ gesprochen oder geschrieben. Die Worte sind überhaupt gar kein „alter preussischer Wahlspruch“, sondern ein bißchen älter als Preußen. „Ich dien“ war der Ueberlieferung nach die Helmschmuck-Devise des in der Schlacht von Crech (26. August 1346) gefallenen blinden Königs Johann von Böhmen, besiegt durch den sogenannten „Schwarzen Prinzen“, den infolge seiner Gramschelten berückeligen Eduard III. Der Prinz von Wales nahm dann die Devise in sein Wappen auf und seitdem führen die Prinzen von Wales und der englische Erbprinzen den Wahlspruch: „Ich dien“. Mit Preußen hat er nichts zu thun und damit fallen auch ohne weiteres die daraus gezogenen byzantinischen Folgerungen in des Ministers Rede. —

Antisemitische Norddeutschland. Die Tötung eines Juden durch bestialische Antisemiten in Stegers bei Schlochau, wovon wir jüngst berichteten, will die „Staatsbürger-Zeitung“ entschuldigen:

„Der betreffende Jude lebte aus Warschau, der sich übrigens in der Herberge zu Stegers als Fleischergehilfe (nicht als Schriftfeger) ausgegeben hat, hat dort ganz laut erklärt: „Wenn Jesus Christus auf die Welt kommen würde, würde man ihn heute noch so steinigen wie damals!“ Durch diese rohe Äußerung seien die übrigen Gäste erbittert worden.“

Darauf sei man dann über den Juden hergefallen. Die „Staatsbürger-Zeitung“, christlich wie sie ist, sagt hinzu: „Mag es auch sehr bedauerlich sein, daß der Vorfall einem Menschen das Leben gekostet hat, die Schuld tragen die Juden.“

Warum beleidigt und erbittert der Jude die antisemitischen Staatsbürger durch die „rohe Äußerung“, ihresgleichen würde den Stifter des Christentums heute wiederum verfolgen und steinigen? Diese „Roheit“ konnte nur gesüht werden, indem die antisemitisch verwilderten tollgierig durch die brutale That bewiesen, wie tief in ihnen der christliche Gedanke wurzelt. Das ist die Moral der „Staatsbürger“-Schlichtung: Man fällt eine Wahrheit in eine Beleidigung und schlägt denjenigen nieder, der die Wahrheit sagte. Der Entschuldigungsversuch der „Staatsbürger-Zeitung“ beweist die abgrundtiefe Verwahrlosung des Antisemitismus. —

Keine Wahlfälschung. Vor der Ersten Strafkammer hatte sich am Dienstag der Rauer Oberhardt aus Wertheim bei Gotha wegen Wahlfälschung zu verantworten. Er hatte am 16. Juni zweimal gewählt; einmal in dem gothaischen Orte Wertheim und dann in Erfurt. Der Angeklagte ist in Wertheim anständig, arbeitet aber in Erfurt und geht wöchentlich nur an den Sonntagen zu seiner Familie. Vor Gericht gesteht er ein, zweimal gewählt zu haben, will aber darin nichts Strafbares erblickt haben, weil er an beiden Orten in der Wählerliste gestanden und auch an beiden Orten Steuern zahlte. Auch sei ihm in Erfurt von allen Parteien die Aufforderung zur Wahl zugegangen, der er gefolgt sei. Am Tage der Stichwahl hat er ebenfalls in Erfurt gewählt. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht kommt zu einer Freisprechung mit der Begründung, daß der Angeklagte nichts unternommen habe, um in beide Wählerlisten zu kommen, mithin auch formell im Rechte sei, wenn er zweimal wählte. —

Wenn Schulpflichte mißverehen. Das Kapitel Schulpflicht vor Schulpflichterleht eine neue Verdringung durch einen Streit zwischen Nürnberg. Im Juli d. J. hatten ein Wirt und ein Briefträger zusammen die Kirchweih in Ziegelstein, einem Orte bei Nürnberg besucht und sich in der Nacht auf den Heimweg gemacht. Im Walde zwischen Ziegelstein und Nürnberg wurden sie von den Schulpflichterlehten Rupp und Fehler überfallen und schwer mißhandelt. Der Briefträger wurde in einen Graben geworfen und durchgeprügelt, noch schlummernd am Wirt weg. Er wurde von den Hüttern der Ordnung derart geschlagen, daß er blutüberströmt nach Hause gebracht wurde und sich längere Zeit in ärztlicher Behandlung befand. Am anderen Tage suchten die Brügelhelden die Mißhandelten zur Unterlassung der Anzeige zu bewegen, wofür sie ihnen Geld anboten, aber ihre Bemühungen waren vergeblich. Sie hätten sich aber auch gar nicht zu bemühen brauchen, denn das Gericht sprach sie frei unter der merkwürdigen Begründung, die Mißhandlungen und der Verlesungsversuch seien zwar erwiesen, aber es sei auch dem Vorbringen der Schulpflichterlehten, es handle sich nur um ein Mißverständnis, indem sie die beiden harmlosen Leute für ein paar Louis gehalten hätten, die ihnen, den Schulpflichterlehten auslawern wollten, Schuppen zu schenken.

Wenn ein gewöhnlicher Zivilmensch einen anderen ordentlich verhaut und sich dann auf ein Mißverständnis hinausreden will, so wird ihm das wohl nicht vor Strafe schützen. Was würde erst einem Pöbelle mit beschränktem Intelligenzvermögen geschehen, der sich unterfangen wollte, „aus Versehen“ einen Schuppmann zu verprügeln. —

Wohltätigkeitsgeschäfte in einer Centrumsstadt. Nachdem innerhalb eines Jahres schon drei Beamte der Stadt Münden-Glabach wegen fortgesetzter Verweigerung zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren — ein Zeichen, daß die Kontrolle der vorgeschickten Behörde dort sehr mangelhaft gewesen ist —, stand dieser Tage wieder ein Beamter vor der Strafkammer in Münden-Glabach. Der Armenamts-Assistent Wefers, ein sehr frommer Mann, wurde nach vierjähriger Verhandlung, bei der 98 Zeugen vernommen wurden, wegen Untreue im Amte, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Wefers, welcher es durch seine Scharfsichtigkeit verstanden hatte, sich verschiedene Verrechnungsstellungen zu erwerben, machte hauptsächlich in „Wohltätigkeit“, dabei verstand er es ausgezeichnet, sich die Taschen zu füllen. Im Interesse der „Wohltätigkeit“ gründete er einen Verein „Nobilitas“, welcher den Zweck haben sollte, Waisenkinder zu unterstützen. Dieser Verein erhielt sogar große Zuschüsse von der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz; es wurde ihm auch von ihr Waisenkinder überwiesen, welche der Verein gegen ein geringes Entgelt bei Altbauern oder Handwerker in Pflege gab. Die „Menschenfreundlichkeit“ der frommen Gesellschaft gab sich dadurch am besten kund, daß der Vorstand jedem seiner Mitglieder 1000 M. bewilligte, um sie zu „wohltätigen“ Zwecken zu verwenden! Diese „Wohltätigkeitskassen“ bestanden darin, daß einer der Brüder einige Messen lesen ließ und das andre Geld für sich ansah, noch ein ander machte eine Pilgerfahrt nach Rom. Der Armenamts-Assistent Wefers hatte sich nun alle Reisen, welche er für die Armenverwaltung gemacht, von der Stadt und von dem genannten Verein bezahlen lassen; machte er die Reisen im Interesse des Vereins, so mußte dieser bezahlen und die Stadt noch einmal. Außerdem hatte er Geld unterschlagen, welches ihm zu Wohltätigkeitszwecken übergeben worden war, und Sachen, welche Eigentum seiner Pflegekinder waren, an sich genommen. Weiter hatte er in den Akten, welche ihm von dem Untersuchungsrichter zur Rechtfertigung übergeben waren, Änderungen vorgenommen. Das Urteil lautete, wie bemerkt, auf 2 Jahre Gefängnis.

Interessant war die Aussage des Kriminalkommissars Heingerling. Dieser sagte aus, Wefers habe ihm erklärt, er habe Rücksprache mit seinem Reichswater genommen, und habe dieser gesagt, er dürfe sich die Reisen doppelt bezahlen lassen, weil er im Auftrage der Stadt öfters habe Ausgaben machen müssen, welche er nicht berechnen könne. Eine schöne Moral!

Im 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreis wollen auch die Antisemiten bei der Radwahl ihr Glück versuchen. Sie haben bei der Landtagswahl mit konsequenter Hilfe ein Mandat erhalten. Das hat sie übermütig gemacht. Am Sonntag wurde in einer Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesvereins der deutschsocialen Reformpartei beschlossen, im 15. Wahlkreise die Socialdemokratie mit allem Nachdruck zu bekämpfen und einen eignen antisemitischen Kandidaten aufzustellen. Dann hätten unsere Parteigenossen drei bürgerliche Kandidaturen zu bekämpfen statt einer bei der Wahl am 16. Juni.

In einigen bürgerlichen Blättern findet sich diese Notiz: „In Wittweide, wo infolge Mildertritte des durch die revisionistischen Fäulereien aus dem Gleichgewicht gebrachten früheren Pfarrers Höhre bekanntlich eine Rennwahl zum Reichstag bevorsteht, sollen die „Genossen“ die abermahlige Kandidatur Höhres planen. Demgegenüber verlautet, daß die socialdemokratische Parteileitung die Absicht hat, Antrid oder Dr. Karl Liebsteht kandidieren zu lassen.“

Wir können mitteilen, daß die im letzten Satz dieser Notiz enthaltene Behauptung vollständig unwahr ist. —

Aus Baden schreibt man uns: Die Ausweisung einer Arbeiterfamilie aus Forzheim erregt in den weitesten Kreisen die schärfste Verurteilung. Am Montagvormittag wurde die ganze Familie des seit fünf Jahren in der Mächterschen Fabrik beschäftigten Arbeiters J. D. ins Gefängnis eingeliefert. Den Vater holte die Polizei aus der Fabrik, die Mutter und acht Kinder aus der Wohnung. Dem als Bekräftigung beschäftigten weiteren Sohn wurde nicht gestattet, im Gefängnis von den Angehörigen sich zu verabschieden. Der Arbeiter D. ist Schweizer und hielt sich als braver Arbeiter schon zehn Jahre in Forzheim auf; man nimmt an, daß es sich um die Erwägung handelt, ob die Arbeiterfamilie nicht unterstützungsbedürftig und deshalb für den öffentlichen Geldsack lastig werden dürfte. Der Reumund der Leute ist tadellos, die rigoreuse Art des Abschiedens deshalb um so empörender. Sie wurden am Montag insgesamt in den Wagnis transportiert, in Durlach übernachteten sie im Gefängnis, dann führte man sie in einer kleinen Zelle des Gefängnisses fort bis Leopoldshöhe, von da wieder hinüber ins Gefängnis Lörrach, wo sie nach einer zweiten Schmerznacht am Mittwoch an die Schweizer Grenze transportiert wurden. Der Aufenthalt in Gefangenenwagen, wo niemand mit den armen Leuten sprechen durfte, dauerte von 10 Uhr morgens bis 1/2 Uhr abends bei großer Qual. Etlliche Forzheimer Genossen und Arbeitskollegen hatten, als sie von dem grauenhaften Akt erfuhren, dem Verstorbenen noch Lebensmittel und etwas Geld an den Bahnhof gebracht. Dort durfte der zurückbleibende Sohn auch Abschied von seinen Lieben nehmen. So vernichtet Minister Schenkel die Socialdemokratie. In einer Wahlversammlung in Forzheim, in welcher am Montagabend die Reichstags-Abgeordneten Hildenbrand und Wed sprachen, brachte letzterer den Ausweisungsstand zur Sprache und schuf damit eine feurige Stimmung für den Landtags-Wahlkampf. —

Ausland.

Rosebery gegen den Schutzzoll.

Lord Rosebery sprach am Dienstag in Sheffield. Die Zuhörerschaft bereitete ihm einen begeisterten Empfang. Zu Beginn seiner Rede entwarf Lord Rosebery eine spöttische Schilderung der jüngsten Vorgänge im Kabinett. Während der Premierminister von der Aufrechterhaltung des bisherigen Schutzzolls abgeraten habe, sei ein großer Minister nach Birmingham gegangen und habe erklärt, das Reich sei in Gefahr, wenn der Zoll nicht erhöht werde. Er, Rosebery, bezweifle, ob überhaupt seitens des Kabinetts eine Untersuchung über die Frage der Zollpolitik stattgefunden habe; in jedem Falle aber hätte man doch den Sturm nicht verhindern können, indem man sich auf das Barometer setzte. Rosebery bezeichnete sodann Chamberlain als das gegenwärtige Haupt der Regierung. Der Schatzkanzler Austen Chamberlain, setzte Rosebery hinzu, besorge die Politik seines schutzpolnerischen Vaters. Balfour halte seine Stellung lediglich inne, bis der wandernde Glaubensbote mit einem Delzweig im Munde wiedergekehrt sei. Er, Rosebery, glaube nicht an das System der Verlegung. Chamberlains Politik sei ein großes Gewirr spülender Seitenblenden, die einem in der Hand zergehen, wenn man danach greift. Für ihn sei keine Verlockung in der von Chamberlain gebotenen Aussicht enthalten, daß das Land in einen Kampf mit der ganzen zivilisierten Welt verwickelt sein werde. Bisher sei an Chamberlains Politik alles Hypothese und Behauptung; ein großer Handelsstaat wie England aber könne keine Handelspolitik nicht auf Hypothese und Behauptung hin umwälzen. Er sei froh, daß der Mann, der kürzlich gesagt habe, er liebe, wenn er geschlagen werde, wieder zu schlagen, nicht an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe. Man brauche keine Verbindungen mit Russland, Deutschland, Frankreich und anderen Ländern hervorzuheben. Der Freihandel, fuhr Rosebery fort, habe wachsendes und überreiches Gedeihen erzeugt und Chamberlain werde die gegenwärtigen großen auswärtigen Handel Englands in Gefahr bringen um eines kleinen illusorischen Handels mit den Kolonien willen. Es gebe keine Spur von Beweis dafür, daß das Mittel Chamberlains nicht schlimmer sei, als die Krankheit, die er sich vorgenommen habe zu heilen, oder daß durch seinen Plan die Bande zwischen den einzelnen Teilen des Reiches enger gefügt würden. Im Gegenteil, derselbe sei geeignet, die Einheit des Reiches lahmzulegen, ja möglicherweise zu zerstören. England sei bisher Expeditionsfirma und Abrechnungshaus für die Welt gewesen, man möge sich

hüten, daran zu rühren. Sei einmal der Plan Chamberlains zur Annahme gelangt, so werde man nicht mehr davon abgehen können, denn das Schutzzollsystem werde Interessen und Trübsen schaffen, in manchen Fällen auch Korruption, und derartige Elemente würden jeden Müßzug verhindern. Man solle ein Heilmittel suchen in wissenschaftlicheren Methoden, in besserem Unterricht und hauptsächlich darin, daß man die Welt sich als Markt für seinen Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln erhalte. Chamberlain habe von einem Anserbieten gesprochen, welches die Kolonien gemacht hätten. Wo sei dieses Anserbieten? Ein angemessener und durchführbarer Reichstaxtarif sei eine Unmöglichkeit. Ein System, wie es Chamberlain plane, werde zahllose Streitigkeiten und ziemlich sicher den Zerfall des Reiches herbeiführen. —

Zur Abgabe des Jarenbesuches.

Bevor noch die Abgabe des Jarenbesuches in Rom bekannt war, schrieb uns unser dortiger Korrespondent die folgenden Ausführungen, die auch jetzt noch ihr Interesse nicht verloren haben:

Rom, 11. Oktober. Alle Ordnungsblätter bekreuzten mit großer Sicherheit die Ansicht, daß jede Demonstration gegen den Jaren unterbleiben werde. Seit Jaurès im Interesse der Freundschaft zwischen Italien und Frankreich die italienischen Genossen beschworen hat, von einer Demonstration abzusehen, und Paola Valera einen Brief Debels veröffentlicht hat, in dem dieser schreibt, die deutschen Socialisten würden bei einem Jarenbesuch in Berlin sich in keiner Weise um den Jaren kümmern, gilt es den meisten für ausgemacht, daß es sich nicht um eine ernstliche Massendemonstration handeln könne. Da sich in Italien die Reformisten (Revisionisten) energisch gegen eine Kundgebung erklärt haben und dann auch der Vorschlag von den Bruderparteien keinerlei Ermutigung erhielt, glaubt man, die Sache würde bei dem vielen Reden und Schreiben, das man darüber gemacht hat, ihr Bewenden haben.

Dieser Auffassung gegenüber ist ein im heutigen „Kvanti“ veröffentlichtes Interview mit Plechanow interessant, das der Genfer Berichterstatter des „Kvanti“, Donatini Salvatore, wiedergibt. Plechanow erklärte zunächst, daß er einen im September von der Genossin Paola Lombroso im „Secolo“ veröffentlichten Artikel gegen die Demonstration, — von der die Genossin behauptete, sie schädige die Sache der russischen Revolution — für ganz und gar unwichtig hielt. Die russischen Genossen hätten mit großer Begeisterung den Vorschlag angenommen als einen Beweis internationaler Solidarität, dessen Folgen gar nicht abzusehen wären. Der Jaurismus hätte in der europäischen Diplomatie eine starke Stütze — der revolutionären Bewegung mußte auch vom europäischen Socialismus eine helfende Hand geboten werden. Würde der Jare in Rom ausgepfiffen, so würde das den allerbesten Eindruck auf das ganze russische Volk machen, es würde die abergläubische Scheu zerstören, mit der die Massen auf den Jaren sahen.

Ferner sagte Plechanow, die Macht der russischen Bewegung würde im Ausland unterschätzt. Es sei thöricht zu sagen, ein Volk, das die Jarenherrschaft nicht abschütteln könne, verdiene sie noch. Er glaube, kaum eine Nation Europas würde, wenn man ihre heute das Joch der russischen Despotie auferlege, soviel revolutionäre Energie aufbringen, wie die russische. Russland sei heute reifer für eine konstitutionelle Regierung als Frankreich 1870 für die Republik, als Italien bei seiner Einigung für die parlamentarische Verfassung. In Russland hätten aber die herrschenden Klassen eine stärkere Organisation ihrer Macht. Dem Jaren falle ein großer Teil persönlicher Verantwortung zu. Er sei persönlich verhaßt und eine Demonstration gegen das Regime müsse sich gegen den Jaren wenden. Das russische Volk würde an seinem Kulturglauben irre, wenn es sähe, daß andre Völker Europas, die ihm als seine Lehrer und Erzieher gelten, den blutbesten Feind der Kultur und Befähigung mit offenen Armen aufnehmen.

In Rom wird alles für den Empfang des Jaren vorbereitet. Dekorationen und Polizisten besetzt. Die schwerverfügbare Stadt macht ungeheure Ausgaben; bis jetzt sind auch 1500 Karabinier nach der Hauptstadt gesandt worden. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß „Väterchen“ doch schließlich zu Hause bleibt. —

Das italienische Königspaar in Frankreich.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten weist Italiens König als Gast in Frankreich, ein anderer Beweis, daß das ebendort gespannte Verhältnis zwischen den beiden romanischen Ländern sich in ein freundschaftliches verwandelt hat. Dem Königsbesuch sind bereits allerlei Freundschaftsdemonstrationen, gegenseitige Flottenbesuche etc., vorausgegangen. Der Höflichkeitstausch entspricht nur dem gegenwärtigen Verhältnis der beiden Nationen zu einander. Nachdem man sich auch in der Frage der Mittelmeer-Politik, der nordafrikanischen Interessensphäre, geeinigt zu haben scheint, liegt in der That kein ernstlicher Grund mehr zu irgend welcher Eifersucht der racheverwandten Völker vor.

Der Besuch des italienischen Königspaares wird denn auch von der Presse des „Bloc“ durchweg sympathisch begrüßt.

Jaurès schreibt in der „Petite Republique“: „Es lebe Italien. Mit diesem Schrei wird das Pariser Volk als Dolmetscher des Franzosenvolkes das italienische Volk, die italienische Demokratie, begrüßen. Es waren sehr kurzfristige Geister, die für Frankreich Italiens Einheit und Freiheit fürchteten, als ob das Frankreich der Umwälzung seine dauernde Größe auf der Unterdrückung und Verhinderung der andern Völker gründen könnte.“ Clemenceau heißt in der „Aurore“ den König willkommen und fügt hinzu: „Er kommt uns besuchen, und Doubet, weniger in das Dogma eingekerkert als Franz Joseph, wird ihm den Besuch in seiner Hauptstadt, dem befreiten Rom, erwidern. Diese Reise wird keinen Aufschub erleiden, wie die des Jaren. Das französische Volk wird es nicht gestatten.“ „Lanterne“ schreibt: „Die französischen Merikalen werden ihren Kerger schwer verbergen können. Die beginnenden Feste betonen ihre endgültige Niederlage, ein Grund mehr für die Republikaner, sich herzlich über die Annäherung zwischen beiden Völkern zu freuen, die einen neuen Schritt zum dauernden und organisierten Frieden Europas bedeutet.“ „Gaulois“ schließt einen Aufsatz: „König Victor Emanuels bester Bundesgenosse ist die Sektierer-Republik, die ihn mit Geschenken überhäuft. Durch ihre Hilfe hat er seine Finanzen geheilt. Diesem großen Dienst hat Delcassé das großmütige Angebinde Tripolis liebenswürdig hinzugefügt, so daß Bizerta eines Tages von milder harmlosen Soldaten als den türkischen ungestellt sein wird. Italien labiert zwischen Deutschland und Frankreich, um zugleich über das germanische Schwert und den gallischen Sparbeutel zu verfügen. Darin sehen unsere Staatsmänner nichts Aufstrebendes. Sie sind ihm dafür dankbar, daß er ihre Wohlthaten annimmt und halten sich durch seine Freundschaft für reichlich bezahlt. Er gewinnt auf allen Seiten. Es ist ein Vergnügen, den italienischen Rationalismus auf der Freimaurerei unserer Minister aufzubauen.“ —

Die Nachrichten aus Ostasien.

lauten heute minder aufregend. So wird aus New York gemeldet: In einer, wie das Blatt sagt, authentischen Darlegung der Stellung Japans versichert die „New York Sun“, nichts, was Russland in der Mandchurei thun würde, würde von Japan als Kriegesfall betrachtet werden. Japan werde in der Mandchurei jedes aggressive Vorgehen vermeiden, das Russland einen Vorwand bieten könnte, dort zu verbleiben, werde aber jeder Bewegung Russlands in der Richtung auf Korea bis zum äußersten Widerstand leisten. Innerhalb der letzten Tage ist indes, soweit auf unterrichtete japanische Kreise wissen, keine Entwicklung eingetreten, die auf eine unmittelbare bevorstehende Krise hindeuten würde.

Auch dem „Morning Leader“ wird aus Washington telegraphiert: Mehrere hervorragende Diplomaten versicherten auf das bestimmteste, daß den Gerüchten über den bevorstehenden Ausbruch eines russisch-japanischen Konflikts nicht der geringste Glauben beizumessen sei. In Washington sei man überzeugt, daß der Friede in Ostasien erhalten bleiben werde.

Staatssekretär Hay erklärte am Dienstag in der Kabinettsitzung, die Verhandlungen zwischen Russland und Japan schienen einer friedlichen Lösung entgegenzugehen.

Oestreich-Ungarn.

Die Fleischsteuerung und Fleischmarkt macht sich in Oestreich bemerkbar, daß z. B. der Vorstand des ersten Wiener Volkswirtschaftlichen Vereins den Beschluß fasste, Versuche mit gekühltem oder gekochtem Kaninchenfleisch in den Volkswirtschaftlichen Vereinen machen zu lassen! Ferner sollen von jetzt an zweimal in der Woche Seefische gegeben werden.

Die Wiener Arbeiterkammer hielt am Dienstagabend in der Volkshalle des neuen Rathhauses eine Massenversammlung ab, deren Tagesordnung lautete: „Die Fleischsteuerung in Wien“, und in der die Genossen Jakob Reumann und Dr. Ellenbogen referierten. —

Frankreich.

Zur Schulfrage.

Paris, 11. Oktober. (Eig. Ber.) Nach amtlichen Angaben über den weltlichen Primarschulbesuch in Paris und im Seine-Departement ist im Beginn des Schuljahres die Schülerzahl wie folgt gestiegen: in Paris um 1900 Knaben und 3200 Mädchen, in der Banneville um 1600 Knaben und 3200 Mädchen. Das ist nicht gerade viel. Denn im verflochtenen Schuljahre zählte man in den Pariser Primarschulen 72 000 Knaben und 68 000 Mädchen, in der Banneville 40 000 Knaben und 34 000 Mädchen. Der nur geringe Zuwachs bezeugt am deutlichsten den Ballastcharakter der bisherigen antilongreganistischen Schulpolitik. In der That, von den im Jahre 1903 in Paris und Banneville geschlossenen 69 longreganistischen Schulen (29 Knaben- und 40 Mädchen-schulen) sind 38, darunter 15 Knaben- und 23 Mädchen-schulen, in denselben Lokalen unter dem Aushängeschild privater „weltlicher“ Schulen wiedereröffnet worden. Andererseits sind in Paris wie in ganz Frankreich die Schulen der „Brüder der christlichen Doktrin“, d. h. der weitaus wichtigsten Schullongregation unbehelligt geblieben, so daß diese einfach von der Konkurrenz der kleineren Schullongregationen befreit wurde und so ihre Schülerzahl vergrößern kann. — In den antilongreganistischen Kreisen sieht man übrigens die Unzulänglichkeit der bisherigen Aktion immer klarer ein. Daher die eifrigeren Bestrebungen zu Gunsten eines staatlichen Unterrichtsmonopols. Ferner liegt bereits ein radikaler Antrag vor auf sofortige Auflösung der genannten Kongregation der christlichen Schulbrüder, die sonst auf Grund einer vorläufigen Genehmigung dem Vereinsgesetz von 1901 nicht unterliegen kann. —

Die Unruhen im Streikgebiet scheinen trotz des Zusammenbruchs der spontanen Streikbewegung noch einmal emporgelammt zu sein. Namentlich dazu das übereifrige Vorgehen von Gendarmen und Militär beigetragen, wird sich erst später feststellen lassen. Für heute liegen noch folgende einseitige offizielle Meldungen vor: Am 14. Oktober. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Militärpatrouillen durchzogen die ganze Nacht hindurch die Straßen und hielten bis heute früh die Ordnung ohne Zwischenfall aufrecht. Vormittags 10 Uhr versammelten sich die Ausständigen im Volkshaus. Als die Ausständigen die Versammlung verließen, stieß die bewaffnete Macht auf Schwierigkeiten, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Menge begab sich wieder nach der Rue Bayard, wo gestern Aufstürzungen stattgefunden hatten; sie wurde jedoch zerstreut. — Die Unruhen dauerten gestern Abend bis gegen 9 Uhr. Bei Einbruch der Dämmerung errichteten die Reuterer aus Einrichtungsstücken, die sie aus den Häusern geraubt hatten, aus Eisenstäben und Pfostensteifen Barricaden. Ein Fabrikant wurde auf der Straße angefallen und gegen ihn ein Revolverfeuer abgefeuert, der jedoch sehr gering. Ein Haus wurde in Brand gesteckt und die Feuerwehr verhindert, den Brand zu löschen, so daß Soldaten die Löscharbeiten übernehmen mußten. Dank dem starken Militärangebot trat alsdann wieder Ruhe ein. —

Belgien.

Die Soldatennikhandlungen und das Ausland. Zum Beweise dafür, wie ungenügend Eindruck die vielen Mitteilungen über schwere Missetaten im deutschen Heere auf das Ausland machen, kann unter anderem die Tatsache dienen, daß ein sonst so ernstes Blatt wie der „Peuple“ sich das Märchen aufschwatzen läßt: Aus Furcht vor der schlechtesten Behandlung seien 10 000 neu ausgehobene Rekruten nicht zu ihren Truppenteilen gestoßen, sondern ins Ausland geschickt! —

Landtagwahl.

Zu ersten Berliner Landtags-Wahlkreise beabsichtigen die Konservativen wie bei der Reichstagswahl die Politik in eine Illerei zu verwandeln. In einer Versammlung am Dienstagabend, die sich mit den Landtagwahlen beschäftigte, führte der Mann von der „anstrengenden jeitigen Arbeit“, v. Volkensberg-Schirp, aus, daß nach dem ungünstigen Ergebnis der Reichstagswahlen zunächst keine Stimmung vorhanden gewesen sei, jetzt aufs neue in eine energische Agitation für die Landtagwahlen einzutreten. „Man habe sich gefragt, ob Berlin zur Zeit überhaupt der geeignete Ort sei, wo man von konservativer Seite aus öffentliche Agitation mit Erfolg betreiben könne. Mit Rücksicht auf den Dresdener Parteitag in erster Linie habe man jedoch beschloßen, auch bei den Landtagwahlen trotz alledem energisch an die Arbeit zu gehen, um den Mitläufern der Socialdemokratie Gelegenheit zu geben, die rote Fahne zu verfluchen.“ Als Kandidaten wurden aufgestellt die durchfallserprobten Professor v. Wendt und Ober-Postassistent Stockmann, dazu Landesrat Meyer. Wir können versichern, daß mindestens die Hälfte der Socialdemokraten des ersten Berliner Kreises entschlossen ist, diesen bewährten Volksfreunden die Stimme zu geben.

Dresdau. Für die Dresdener Landtagwahl wurde als Kandidat der vereinigten liberalen Parteien neben Professor Doormann (Freisinnige Volkspartei) und Professor Kaufmann (nationalliberal) der bisherige Abgeordnete Vergat Gothein (Freisinnige Vereinigung) aufgestellt.

Der Kongreß von Reims.

Paris, 6. Oktober. (Eig. Ber.)

Der zweite Kongreß der Socialistischen Partei Frankreichs ist seiner Aufgabe in vollem Maße gerecht geworden. In erster, fleißiger Arbeit hat er — um nur das Wichtigste zu erwähnen — das in Jure und Commentum begonnene organisatorische Einigungs-werk endgültig vollendet, ein gemeinsames Minimalprogramm votiert, der Kammerfraktion in den schwäbenden parlamentarischen Fragen eine Richtschnur gegeben, die Haltung der Partei auf dem internationalen socialistischen Kongreß zu Amsterdam in der Frage der Taktik festgelegt und in Bezug auf den Generalstreik klar vorgezeichnet.

Die Bewältigung von so viel Arbeit in der relativ kurzen Zeit von drei Tagen und sieben Sitzungen darf als musterhaft bezeichnet werden. Erreicht wurde das in technischer Hinsicht einerseits durch die gute Vorarbeit der Kommissionen und sodann durch den streng sachlichen Charakter der Verhandlungen. Trotzdem die Debatten mitunter ziemlich ausführlich wurden, beschränkten sie sich durchweg, ohne des äußeren Zwanges der Zeitbeschränkung zu bedürfen, auf einen klaren, an Kommissionsberatungen gemahnten Meinungsaustausch. Eigentliche „Reden“ im oratorischen Sinne gab es nicht, aber alle wesentlichen Argumente für und wider wurden vorgebracht und jeder Delegierte, der etwas zu sagen hatte, kam zum Wort. Das aber der Kongreß so arbeiten konnte, erklärt sich innerlich aus der wesentlichen Einheitlichkeit der Anschauungen aller seiner Teilnehmer und dem damit verknüpften einmütigen Willen zur Einigung. Daher wurde auch in den einzelnen Fällen, wo sich wichtigere Meinungsunterschiede ergaben, rasch eine Verständigung erzielt, wie in der Organisations- und der Unterrichtsfrage, oder aber eine Verständigung vorbereitet, wie in der Generalstreikfrage.

Genau genommen, hielt die geeinigte Partei in Reims ihren ersten Kongreß ab. Denn die vorjährige Tagung in Combray

war eher eine formale Bestätigung und Ausbaumung des organisatorischen Teiles des „Vertrages von Jure“ als ein eigentlicher Parteitag. Nach einem weiteren Jahre gemeinsamer Arbeit in enger geschlossener Form konnten dann die letzten alten Hüllen der Sonderorganisationen abgestreift werden. In Reims tagten zusammen nicht mehr vertragsstiftende oder einen Vertrag bestätigende Teile, sondern im Zusammenwachsen begriffene Elemente eines Parteiganges. Die innere Verwandtschaft einzelner Elemente ist nicht ihre Uniformität, die Vereinigung verwandter Elemente ergibt ein neues Ganzes. Weidob hat sich auch in Reims gezeigt. Das ist eine erfreuliche Würdigung für die Weiterentwicklung der neuen Partei nach unten und nach außen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die aufgetauchten einzelnen Meinungsverschiedenheiten meines Erachtens ebenso zu begründen wie die endgültig vollzogene organisatorische Verschmelzung. Die antiministerialistischen Elemente der jauchistischen Partei, die mit dieser innerlich oder auch bereits äußerlich zerfallen sind, pflegten bisher gegen die P. S. de F. hauptsächlich zweierlei Einwände zu erheben: sie wäre keine wirklich geeinigte Partei, sondern eine Union von Guesdisten und Blanquisten, andererseits zwänge sie ihren Mitgliedern eine unerträgliche Schablone in allem und jedem auf. Reims hat beide Einwände niedergeschlagen. Ueber den ersteren ist kein Wort mehr zu verlieren. Was den zweiten betrifft, so spielten sich die Meinungsverschiedenheiten frei ab nicht nur zwischen Delegierten verschiedener organisatorischer Ursprünge, sondern teilweise auch im Schoße der ehemaligen Sonderorganisationen selbst.

Zu der Hauptsache freilich handelte es sich naturgemäß um Unterschiede zwischen ehemaligen Guesdisten und Blanquisten nebst diesen nächstliegenden Elementen. Wie aus meinen Kongreßberichten ersichtlich, liegt den bezüglichen Meinungsunterschieden zu Grunde eine mehr oder minder verschiedene Bewertung der demokratischen republikanischen Einrichtungen für den proletarischen Kampf. Vaillant und seine engeren Gesinnungsgenossen schätzen sie höher ein als die Guesdisten. Daraus ergab sich die Geneigtheit der ersteren — unter gewissen Bedingungen — für ein staatliches Unterrichtsmonopol, das von Guesde unbedingt und mit denselben Argumenten belächelt wurde, wie das Budgetvotum, wie das Eintreten für jede Nachterweiterung des Klostersstaates überhaupt. Daraus entsprang ferner die gegensätzliche Stellungnahme der einen und der anderen zum Kommissionsantrag, die Abschaffung des Senats und der Präsidentschaft der Republik ins Minimalprogramm aufzunehmen. Auch zeigte sich in der Unterrichtsdebatte wieder einmal die Verschiedenheit der beiderseitigen Stellung zum Antiklerikalismus. Der scharf antiklerikale Gedanke des alten Vaillant hat sich auf Vaillant und seine engeren Freunde ungechwächt fortgeerbt, während den Guesdisten die antiklerikale Gesinnung als solche eigentlich fremd ist und sie den Klerikalismus ausschließlich als eine übrigens untergeordnete Erscheinungsform der bürgerlichen Klassenherrschaft betrachten.

Doch handelt es sich bei alledem bloß um Schattierungen, die gerade scharf genug sind, um eine fruchtbarere Auseinandersetzung zu ermöglichen im Sinne der Ausgleichung der Einseitigkeiten von beiden und Vermeidung falscher und eventuell schädlicher Ueberschreitungen nach dieser oder jener Seite.

In der Generalstreik-Frage konnte zunächst keine Einigung erzielt werden, aber die Debatte hat die beiderseitigen Auffassungen einander nennbar so nahehergeführt, daß der nächste Parteitag diese wichtige Differenz leicht schlichten dürfte. Diese Differenz war bekanntlich so groß, daß sie — übrigens in enger Verbindung mit der divergierenden Stellung zu den Gewerkschaften überhaupt — auf dem Londoner Internationalen Kongreß (1896) Guesdisten und Blanquisten verbandelt hat, in derselben Delegation zu bleiben. Der Kongreß mußte zwei besondere französische Delegationen anerkennen. In der einen saßen die Guesdisten mit den damals „unabhängigen“ Parlamentarier Jaurès, Millerand u. a., in der anderen die Blanquisten mit den Alamanisten und den Gewerkschaftlern. Die weitere Entwicklung der Generalstreik-Idee in Frankreich und der guesdistisch-blanquistischen Stellung zu derselben zu skizzieren, wäre hier nicht am Platze. Gering, von 1896 bis 1903 ist man der Verständigung aus über den Generalstreik nahe gekommen. Die von Guesde dargelegte Auffassung, wonach der Generalstreik — unter selbstverständlicher Ablehnung der damit verknüpften Illusionen der revolutionären Kurzerwerbschaffler und Kurzerwerbschaffler — als eines unter vielen anderen Mitteln der sozialen Revolution zu betrachten wäre, ist mit der Vaillantischen Auffassung im wesentlichen identisch. Der Widerspruch gegen Guesde kam aus dem Kreise seiner engeren Gesinnungsgenossen, die zum Teil an der alten unbedingten Verwerfung des Generalstreiks festgehalten wissen wollten. Nur dadurch allein wurde, da die Zeit drängte, eine Vertagung der Entscheidung bis zum nächsten Parteitag notwendig.

Besonders hervorzuheben ist noch das tiefe internationale Fühlen der Partei, wie es in Reims so drastisch zum Ausdruck kam. Nicht umsonst nennt sich die P. S. de F. in ihrer Prinzipienklärung von Jure einen Teil des organisierten internationalen Proletariats. Sie fühlt sich in der That aufs innigste mit dem revolutionären Socialismus in allen Ländern verbunden. Dieses Gefühl durchzitterte jede wichtigere Debatte und trat häufig auch als nachdrückliches und nie seine Wirkung verfehlendes Argument direkt in die Erscheinung. Insbesondere der Dresdener Parteitag schwebte sozusagen über den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende. Der Sieg des revolutionären Gedankens in Dresden belebte das Ganze, erfüllte alle Teilnehmer mit frischem Mut. Und der Kongreß gab ohne Debatte und einmütig seine freudige Zustimmung zum Kommissionsvorschlag, die Dresdener Resolution über die Taktik unverändert, nur durch ein paar den „Revisionismus“ international erweiternde Bezeichnungen vermehrt, dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam als Resolution der P. S. de F. vorzulegen.

Es sei hier bemerkt, daß der Dresdener Parteitag in Frankreich überhaupt eine gute und nachhaltige Rückwirkung gezeigt hat. Er bedeutet eine gewonnene Schlacht für die Sache des proletarischen Socialismus im Lande des verbürgerlichten ministerialistischen Ausschusses.

Betreffs des Minimalprogramms genüge der Hinweis, daß dessen kommunaler Teil, wie übrigens schon das alte guesdistische Kommunalprogramm, keine Forderungen der Kommunalisierung von Betrieben enthält. Sonst wird dieses Programm an seinem Teil den Vorurteilen entgegenarbeiten, als ob die P. S. de F. nichts von Reformen und Gegenwartsarbeit wissen wollte.

Reims hat die Partei innerlich gefestigt und so sie zur Erweiterung ihres Einflusses auf die verwandten proletarischen denkenden Elemente besser als bisher befähigt. Nach Reims ist die äußere Stärkung ihre allerdringendste Aufgabe. Schon deshalb allein ist die Schaffung einer Tageszeitung für sie geradezu eine Lebensfrage. Wenn sie nicht im Stande war, die nach dem jauchistischen Vordeau-Kongreß für die Verneuerung ihrer Reihen so günstige Situation auszunutzen, so meines Erachtens in erster Linie deshalb, weil es ihr an einer Tageszeitung fehlte. In Reims wurde dieser Mangel beklagt, aber weiter kam es leider nicht. Wird hierin Wandel geschaffen, so spricht alles dafür, daß die sich häufenden latenten Sympathien für die P. S. de F. zur lebendigen That werden würden. Die abschreckende Wirkung von Vordeau und die anziehende Wirkung von Reims würden mit doppelter Kraft darauf hinarbeiten, alle klassenbewußten Elemente des französischen Proletariats um die Fahne der P. S. de F. zu scharen.

Berichtigung. Im Kongreßbericht von Reims sind folgende zwei sinnverfälschende Druckfehler zu berichtigen: 1. Im Bericht des Sekretariats (Nr. 22), 2. Beilage, dritte Spalte) soll es heißen: „Die Zahl der Föderationen beträgt 38, 2 mehr als im Vorjahr“ — statt: „nur 2 mehr“. 2. In der Generaldebatte über das Minimalprogramm (Nr. 23), 2. Beilage, zweite Spalte unten) hat Verdrage gelagt, daß es sehr wahrscheinlich (nicht wie gedruckt: „unwahrscheinlich“) sei, daß „der gesetzliche Achtstundentag in gewissen Ländern vor der sozialen Revolution nicht zu erlangen sein dürfte“.

Gewerkchaftliches.

Eine Aktion gegen die Mißstände im Kost- und Logiswesen

Joll geht von den in Betracht kommenden Gewerkschaften in die Wege geleitet werden. Am 12. Oktober fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz statt, an der sich Vertreter der Verbandsvorstände der Bäcker, Barbierer, Brauer, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Handlungsgehilfen, Konditoren, Kranenpflieger, Müller, Sattler, Schlächter, Schmiede und Schuhmacher beteiligten. Ebenso war die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Berliner Gewerkschafts-Kommission vertreten. Zweck der Konferenz war, Mittel und Wege zu finden, um die mit der Bewahrung von Kost und Logis im Hause des Meisters verbundenen Nebelstände zu beseitigen und auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges hinzuwirken. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Centralvorstände der beteiligten Berufsorganisationen werden ersucht, bis zum 1. Dezember d. J. zu Händen der General-Kommission zu erklären, ob sie der Errichtung einer Centralstelle zur Beseitigung der Mißstände des Kost- und Logiszwanges zustimmen und bereit sind, die durch die Thätigkeit der Kommission entstehenden Kosten pro rata der Mitgliederzahl zu tragen. Gleichzeitig haben die Vorstände sich über den Sitz der betreffenden Centralstelle zu äußern. Die zu errichtende Centralstelle hat die Aufgabe, alles für die Beseitigung der Schäden des Kost- und Logiszwanges in Betracht kommende Material zu sammeln, sowie unter Hinzuziehung geeigneter Personen, als Parlamentarier, Juristen, Gewerbegerichts-Beisitzer, Kranenpflieger-Vorstände u. dergleichen Schritte zu beraten, die zur Erreichung der Aufgabe der Centralstelle nötig sind. Ferner hat die Centralstelle unter Verständigung der betreffenden Gewerkschaftsstellvertreter örtliche Versammlungen der beteiligten Gewerkschaften zu veranstalten, um einmal die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu rücken, das Ziel damit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu propagieren und schließlich gemeinschaftliche Aktionen zu ermöglichen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Bekanntlich sind die Fabrikanten, die am eifrigsten die Aussperrung propagierten, auch diejenigen, die jetzt den Beschluß ihrer Vereinigung entweder mißachten oder umgehen. Was in dieser Hinsicht seitens des Metallarbeiter-Verbandes von den Firmen Vintz u. Krister u. Hegewaldt angeführt wurde, ist zwar auf dem Wege der Arbeitgeber bestritten worden, mußte jedoch schließlich als durchaus der Wahrheit entsprechend zugegeben werden. In der gestrigen Streikversammlung der Metallarbeiter konnte Cohen über einen neuen Fall berichten, wie einer der größten Scharfmacher der Fabrikanten-Vereinigung sich um die volle Ausführung des Aussperrungsbeschlusses herumzudrücken sucht. Von der großen Anzahl Verträge, die der Fabrikant V e h n o f beschloß, sollten sechs am 1. Oktober ausgetreten haben. Um nun diese neuen Verträge nicht auszuführen zu müssen und sich ihre Arbeitskraft zu erhalten, läßt er sie 3 Monate nachlernen. Ueber denselben Fabrikanten wurde weiter berichtet, daß er einen besonderen Arbeitsraum in der Wartenstraße gemietet hat, wo Arbeiterinnen für ihn thätig sind. Diese Art Umgehungen des Aussperrungsbeschlusses sind ebenso bezeichnend für die ganze Haltung der Fabrikanten, wie der Umstand, daß man kurz vor der Aussperrung mit einem großen Teil Arbeiter, die bisher keine Kündigung hatten, eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vereinbarte, so daß sie nach dem Vorlaute jenes Beschlusses nicht auszusperrten waren. Daß der Kampf, den die Fabrikantenvereinigung dem Metallarbeiter-Verband aufzugesetzt hat, die Stärke des Verbandes nicht übersteigt, dafür zeugt die Tatsache, daß die Ortsverwaltung am Dienstag beschloß, die Unterstützung der Aussperrten, die länger als ein Jahr Mitglied sind, um 2 M. zu erhöhen. Später wird eventuell noch eine weitere Erhöhung eintreten. Uebrigens wird der Stand des Streiks jetzt auch in einigen bürgerlichen Blättern als ein für die Arbeiter sehr günstiger bezeichnet, z. B. in der „Frankfurter Zeitung“, die ferner auch der Meinung Ausdruck giebt, daß die großen Fabrikanten wohl bei dieser Gelegenheit die Kleinen an die Wand drücken werden. Von den streikenden Drückern ist bis jetzt, also nachdem der Streik 4^{1/2} Wochen dauert, nicht ein Einziger zum Streikbrecher geworden. Bei dieser musterhaften Solidarität ist es, wie der Referent mit Recht hervorhob, geradezu überflüssig, die Streikenden zum Ausbarren im Kampfe zu ermahnen. Ihre Haltung zeugt dafür, daß ein jeder weiß, daß wenn er die Früchte des Kampfes ernten will, er nicht wankend werden darf, und daß der Kampf mit den Kühnemannern kein gar so leichter werden würde, dessen war man sich auch von Anfang an wohl bewußt und auch darauf vorbereitet.

Der Streik der Angestellten im Adressenverlag Robert Lehmer

dauert ununterbrochen fort. Es ist der Firma bisher nicht gelungen, die zur Fortführung des Betriebes notwendigen Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Firma Lehmer übersendet uns nun eine Zuschrift, die vom 13. Oktober datiert ist, und nach Kenntnis unserer gestrigen Mitteilungen über die Arbeitsverhältnisse in ihrem Betriebe scheinlich nicht abgehandelt worden wäre. Die Zuschrift lautet:

„In der Nr. 230 Ihres gedächtnis Blattes vom 13. Oktober erbringen Sie eine meinen Adressenverlag betreffende Notiz und berichten insbesondere, daß eine größere Anzahl Schreiber die Arbeiten bei mir niedergelegt haben. Der Centralverband der Handlungsgehilfen z. B. habe „vergeblich verücht, durch Verhandlungen den beschiedenen Forderungen der Angestellten Anerkennung zu verschaffen“; es sei aber jede Verbesserung des jetzt 8 bis 10 M. pro Woche betragenden Schreiberlohnes abgelehnt worden. Diese Mitteilung entspricht insofern den Thatsachen nicht, als der Centralverband nicht beschiedene Forderungen gestellt hat, sondern eine Reihe solcher, welche wohl als unerfüllbar erachtet werden müssen, und trotz Abwesenheit des Herrn Lehmer eine sofortige Entschließung verlangt wurde. Unrichtig ist ferner, daß der Wochenlohn der Schreiber 8 bis 10 M. betrage. In keinem Falle beläuft sich derselbe bei normaler Arbeit auf nur 8 M., er geht im Maximum vielmehr bis 30 M. pro Woche und stellt sich auf 14,00 M. durchschnittlich pro Woche.“

Diese Behauptungen unterzeichnet und verbürgt also ein Herr V e c h e r als Vertreter der Firma Lehmer mit seiner Namensunterschrift. Derselbe Herr V e c h e r hat die Verhandlungen mit den Vertretern des Centralverbandes der Handlungsgehilfen geführt. Er erklärte von vornherein, nach Anordnung des Herrn Lehmer auf keine Forderung der Angestellten eingehen zu können. Die Vertreter des Verbandes, deren Besuch brieflich vorher mitgeteilt war, hielten nun, Herrn Lehmer, der angeblich verreist war, von den Forderungen Nachricht zu geben. Dieses eigentlich selbstverständliche Gesuch lehnte Herr V e c h e r rundweg ab mit der Behauptung, daß ihm der Aufenthalt seines Chefs völlig unbekannt sei. Auf die weitere Frage der Kommission, wann Herr Lehmer zurückkehre, erhielt sie die Antwort, daß Lehmer eine, vielleicht auch zwei Wochen von Berlin fernbleibe und in dieser Zeit unerreichtbar sei. Diese Antwort mußten die Angestellten geradezu als Hohn betrachten. Herr V e c h e r weiß also, daß keine Behauptungen, der Verband habe unerfüllbare Forderungen gestellt und trotz der Abwesenheit des Herrn Lehmer eine sofortige Entschließung verlangt, un wahr sind. Unsere Angaben über die Wochenlöhne der Angestellten im Lehmer'schen Betriebe sind in allen Teilen aufrechtzuerhalten. Nach der Enquete des Centralverbandes teilten wir gestern mit, daß der Wochenlohn 8—10 M. betrage bei einer täglich 8^{1/2}stündigen Arbeitszeit. Bei 3—5 stündiger täglicher Arbeit und einer Sonntagsarbeit von 8—10 Stunden werden außerdem wöchentlich 3—5 M. durch Hausarbeit erzielt. Herr V e c h e r bestreitet in seiner Berichtigung diese skandalöse Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, und beweist, daß er die in dem von ihm vertretenen Betriebe aufgedeckten Zustände in der Öffentlichkeit nicht verteidigen kann. Der Lohn, der bei „normaler Arbeit“ bis zum Maximum von 30 M. pro Woche geht,

ist in sehr vereinzelt Fällen von einem Vorarbeiter oder Autographen bei täglich 18-20stündiger Arbeitszeit errungen worden. Dieser Normalzustand charakterisiert die Arbeitsverhältnisse des Lehmerischen Betriebes. Herr Lehmer wird sich schon entschließen müssen, die Arbeitsverhältnisse zu berichtigen, andre Berichtigungen werden auf die Haltung der Streikenden keinen Einfluss mehr ausüben.

Mit dem Streik befaßte sich gestern Abend in Frankes Festfalten eine stark besuchte öffentliche Versammlung. Der Referent Lange behandelte daselbst ausführlich die Ursachen des Ausstandes und entrollte alsdann im einzelnen ein Bild geradezu entsetzlichen Elends der Adressenschreiber, das durch die Ausführungen mehrerer Diskussionsredner noch ergänzt wurde. Bislang ist es der Firma Lehmer nicht gelungen, Ersatzkräfte zu bekommen, obwohl sie solche mittels Annoncen usw. sucht. Nur 25 arme Teufel sind gegenwärtig in ihrem Bureau tätig. Dagegen ist es den Streikenden gelungen etwa 130 Arbeitsuchende zu bewegen, bei der Firma keine Arbeitswilligen Dienste zu verrichten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme!

„Die heutige öffentliche Versammlung hat von der tieftraurigen Lage der in Adressenbüros beschäftigten Angestellten Kenntnis genommen und spricht dem im Kampfe um bessere Entlohnung stehenden Personal der Firma Robert Lehmer ihre warmste Sympathie aus. Die Versammelten beschließen, die Ausständigen nach jeder Mäßigkeit zu unterstützen und erwarten ein Gleiches von der Öffentlichkeit und den beteiligten Kreisen, damit den bescheidenen Forderungen der Angestellten Gerechtigkeit widerfährt.“

Deutsches Reich.

Ein Plöherstreik.

Am Sonnabend, den 3. Oktober ist auf der Strecke von der neunten Schiene bei Kotel bis abwärts Stettin ein Streik der Plöher ausgebrochen, der wegen der eigenartigen sozialen Verhältnisse der beteiligten Bevölkerungsschicht das weitgehendste Interesse verdient; es handelt sich um den Abschluß eines Arbeitsvertrages zwischen den Plöherern einerseits und der Bromberger Schleppschiffahrt-Gesellschaft und den Interessenten andererseits. Die Arbeiter hatten den für nächstes Jahr abzuschließenden Vertrag in der Form eines Entwurfs Anfang des Sommers der Schleppschiffahrt-Aktion-Gesellschaft unterbreitet, um den Arbeitgeberern Gelegenheit zu geben, sich rechtzeitig zu den Forderungen zu äußern und eventuell rechtzeitig die Verhandlungen über den abzuschließenden Vertrag zu beginnen. Der Vertrauensmann der Plöher der Bromberger Plöher hat sich der Mühe unterzogen und schon im Monat Juni durch persönliches Vorstellen bei der Direktion versucht, Verhandlungen des neuen Tarifes wegen anzubahnen. Der Direktor hat sich stets sehr höflich abgefunden und immer versichert, daß er alles versuchen würde, um den Abschluß eines weiteren Vertrages seinen Interessenten zu empfehlen. In der entscheidenden Verhandlung am 29. September machte der Herr dann plötzlich den Vorschlag, den alten Vertrag, welcher seit drei Jahren bestand, auf noch drei Jahre zu verlängern. Die Unternehmer gingen noch weiter und erklärten, daß sie von Weisenshöhe abwärts überhaupt keinen Vertrag mehr abschließen wollten. Sie wollten die Löhne von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften abhängig machen. Das Ergebnis der Unterhandlung wurde am zweiten Oktober den Plöherern in einer gut besuchten Versammlung mitgeteilt, worauf die Versammelten einstimmig den Beschluß faßten, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Unternehmer zur Aufnahme der Verhandlungen und Abschluß des für nächstes Jahr in Betracht kommenden Vertrags bereit seien. Infolge dieses Beschlusses legten sämtliche auf der Strecke Kotel bis Stettin beschäftigten Plöher, etwa 600 Mann, einstimmig die Arbeit nieder. Bis heute hat die Bewegung an Umfang zugenommen, so daß der Betrieb von Bromberg bis Stettin vollständig eingestellt ist. Ebenfalls sind Stodungen in Trahau und Schilly zu verzeichnen. Wenn die Unternehmer die dargebotene Hand zur Anbahnung von Verhandlungen nicht ergreifen, so wird der Ausstand noch größere Dimensionen annehmen. Alle Versuche der Direktion, Arbeitswillige anzuzuerben, ebenso die Arbeiter hinter dem Rücken ihrer Organisation zum Vertrauensbruch zu bewegen, sind trotz Angebot von Bier und Lohnzulage für dieses Jahr gescheitert. Die Arbeiter haben alle Angebote mit dem Bemerkens zurückgewiesen, daß, wenn es den Arbeitgebern mit ihren Versprechungen ernst sei, sie nur den Tarif unterschreiben brauchten. Mit demselben Augenblicke würde die Arbeit sofort aufgenommen.

Die bürgerliche Presse hat — wie bei allen andern Streiks — auch hier den Dienst für die Unternehmer übernommen. Sie bringt es fertig, die Arbeiter des Kontraktbruchs zu beschuldigen. Ferner weist sie von Unverschämtheit der Arbeiter zu reden, die, nachdem die Forderungen bereits bewilligt, den Streik noch weiter fortsetzen. Ebenso will die Bromberger „Östdeutsche Rundschau“ darüber unterrichtet sein, daß die Plöherer Arbeiter mit sich nicht verhandeln lassen wollen und den Tarif nach Vorchrift des sozialdemokratischen Hamburger Hafenarbeiter-Verbandes abgeschlossen wissen wollen. Diese und ähnliche von Unwahrheiten durchzogene Berichte ziehen sich durch die bürgerliche Presse von Landsberg bis Bromberg und darüber hinaus. Es mag ihnen unangenehm erscheinen, daß die Plöher als Dorfbewohner und Landleute ihre Klassenlage erkannt haben und mit besonderem Nachdruck die Durchführung ihrer Forderungen verlangen. Hierdurch erbringt sich der Beweis, daß auch der Landarbeiter die Berechtigung in sich fühlt, seine Lage zu verbessern. Als Plöher im gewerblichen Arbeitsverhältnis ist ihm die Möglichkeit gegeben und versteht er genau wie jeder Lohnknecht der Stadt, seinem ausbeuterischen Unternehmer ein Halt zu setzen.

Die Haltung der Streikenden ist eine muster-gültige zu nennen. Das Aufgebot von Gendarmen, das nach den Expeditionsstellen beordert ist, hat die Notwendigkeit auch nicht im geringsten begründet. Die Kontrollkure, die die Streikarten abstampeln, werden ebenfalls auf das sorgsamste überwacht. Der Diskussionskommissar von Bromberg glaubte eine Bescheinigung einer Versammlungszusage verweigern zu müssen, weil nach seiner Meinung durch den Ausbruch des Streiks die öffentliche Ordnung gefährdet sei. Erst als ihm klar gemacht wurde, daß er zum Verbot einer Versammlung kein Recht habe, ließ er sich nach Einsichtnahme in das Vereinsgesetz herbei, die Bescheinigung ausstellen zu lassen.

Der Streik und die Aussperrung in Grimmitzsch erstrecken ihre Wirkung auf die Marktlage immer weiter. So meldet das „Berliner Tageblatt“ aus München-Grabbach, daß dort wegen Garnmangel 300 Webstühle still ständen. Die dortigen Junitat-Garnspinnereien nähmen zwecks Abhilfe des Garnmangels Vergroßerungen vor. — Auch in dieser Notiz ist, wie in allen diesbezüglichen Notizen der bürgerlichen Presse, nur von einem Streik die Rede, während es sich doch in Wirklichkeit um eine Aussperrung handelt, wie allen falschen Darstellungen der bürgerlichen Presse gegenüber immer wieder betont werden muß. Die Zahl der Streikenden in Grimmitzsch beträgt nur wenige Hundert, und selbst von bürgerlicher Seite muß zugegeben werden, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen; die Zahl der brutal auf Plaster gemworfenen Aussperrten, die durch nichts ihre Aussperrung verschuldet haben, beträgt dagegen viele Tausend. — Freilich zeigt sich jetzt, daß die Herren-Verbands ihre Aussperrung, welche die Kasien des Textilarbeiter-Verbandes sprengen und die Organisation vernichten sollte, in blinder Wut zu einer unethischen Zeit unternehmen haben. Es gilt für die Arbeiter Deutschlands, die Aussperrten in der gewohnten Weise weiter zu unterstützen, dann wird es den Textilarbeitern in Grimmitzsch gelingen, aus der Aussperrung als die Sieger hervorzugehen, ihre Organisation zu retten und mit Hilfe derselben auch endlich einmal dem sprichwörtlich gewordenen vogelwürgerischen Weberelend zu Leibe zu gehen. Die vogelwürgerischen Weber haben dabei die Sympathie aller social gerecht denkenden Menschen auf ihrer Seite.

Verfassungen.

Die Reinickendorfer Genossen über den Parteitag.

In Reinickendorf-Ost fand am Donnerstag, den 8. Oktober 1903, eine Parteiverammlung statt, die sich mit dem Ergebnisse des Parteitages beschäftigte. Genosse E. L. Nichtenberg berichtete über den Parteitag in ausführlicher Weise. Er führte aus: Allgemein hatte man erwartet, der Parteitag würde ein Siegesfest sein nach dem unvorhergesehenen glänzenden Ausfall der Reichstagswahl des diesjährigen Sommers. Daß es aber anders gekommen, sei den Genossen Bernhard und Verstein zur Last zu legen. Den scharfen energischen Ton bezüglich der Frage der Mitarbeit der sozialdemokratischen Schriftsteller an bürgerlichen Blättern hätte Genosse Braun veranlaßt, der das persönliche Moment in die Debatte hineingetragen hätte. Es sei gut, daß nunmehr die Meinungen geklärt wären. Bedauerlich wäre ja der Ton in den Parteiverhandlungen gewesen, aber man müsse dies der Erregung zu gute halten, in welche die führenden Genossen geraten waren. Sie haben das Beste der Partei getost und auch durchgeführt.

Hierauf wurde eine Resolution verlesen, die sich gegen die Vorgänge auf dem Parteitag wandte.

Genosse Stadthagen nahm das Wort, erklärte in längerer Rede, der Ton auf dem Parteitag sei noch nicht scharf genug gewesen und wandte sich nochmals scharf gegen die revisionistischen Bestrebungen. Er bat, die verlesene Resolution nicht anzunehmen und empfahl dagegen eine andre, welche die Beschlüsse des Parteitages gut hieß und dem Genossen Vebel für sein mannhaftes Auftreten ihren Dank aussprach.

Darauf nahm Genosse Schumacher ganz entschiedene Stellung gegen die Art und Weise, wie die verschiedenen Meinungen auf dem Parteitage aufeinandergeplatzt wären. Er verurteilte die persönlichen gehässigen Anspielungen der führenden Genossen und sagte, daß wenn nun schon ein operativer Eingriff in den Parteipoker erforderlich gewesen wäre, es doch nicht auf offenem Markte hätte geschehen dürfen, auch wäre es doch richtig gewesen, zu dieser Operation mindestens reine Operationswaffen zu verwenden. Warum hätte man die Genossen in den betreffenden Wahlkreisen nicht vorher darauf aufmerksam gemacht, daß sie solche miserablen Kerle wählten, als welche die Genossen Braun und Göhre nachher auf dem Parteitag dem Genossen Vebel hingestellt wurden. Höchst sonderbar sei es, daß man das, was man vorher hätte verhalten können, als großen Fehler brandmarkt. Was wäre Revisionismus und was Radikalismus. Gelegentlich sei der Radikalismus revisionistischer als die Revisionisten und die Revisionisten wiederum gingen vielfach radikaler vor als der Radikalismus. Ferner tadelt er es als nicht sehr taktvoll, daß Genosse Vebel bezüglich seines Rencontres mit dem „Vorwärts“ es in diktatorischer Weise forderte, seinen Meinungen unerbittlich Folge zu leisten, während doch jeder andre beliebige Genosse den Infanzentweg einhalten müsse. Er verwarf den Streit um nichts und mahnte zu einmütigen Handeln.

Die Genossen Gursch und Weiland stellten sich auf den Standpunkt des Genossen Stadthagen und hoben die Verdienste des Genossen Vebel hervor.

Genosse Dill unterstützte den Genossen Schumacher. Man solle Gespense, die nicht da seien. Genosse Schüler wandte sich gegen die vom Genossen Stadthagen eingebrachte Resolution und wies darauf hin, daß keine Lesage vorläge, dem Genossen Vebel einen Dank auszusprechen. Wenn Genosse Vebel die Notwendigkeit erkannt hätte, auf dem Parteitage so aufzutreten, wie er aufgetreten wäre, so sei es einfach seine Pflicht gewesen und dafür gebühre ihm kein Dank. Es streife dies an Hyazinthenismus, und einer demokratischen Partei stehe es nicht an, Personenkultus zu treiben. Er milderte die erste Resolution und empfahl deren Annahme, weil hauptsächlich die Art und Weise der Parteitage-Verhandlungen den Genossen im Lande nicht gefallen hätte und die zahllosen Erklärungen in der Parteipresse nach dem Parteitag gezeigt hätten, daß die Meinungen noch lange nicht geklärt seien. Er forderte ebenfalls einmütiges Zusammenwirken aller Faktoren in der Partei, schon im Hinblick auf die Landtagswahlen, gegen einen einzigen Feind, die bürgerlichen Massen. Nach einigen Worten des Genossen Stadthagen und dem Schlußwort des Genossen Weiland wurde die Stadthagensche Resolution mit einer sehr geringen Majorität und mit der Abänderung angenommen, nicht dem Genossen Vebel, sondern dem Parteivorstand den Dank auszusprechen.

Die Zustände in der Herren-Waldfabrik

beschäftigten am Montag eine zahlreich besuchte Schneider-Versammlung. Ritter gab zunächst einen Ueberblick über die Verhältnisse dieser Branche im allgemeinen. Er verwies dabei besonders auf das Erstarken der Arbeitgeber-Organisationen, was sich vornehmlich in Süddeutschland bemerkbar mache. Auf der letzten Generalversammlung der Arbeitgebervereine in Frankfurt a. M., der auch eine Anzahl Vertreter aus Norddeutschland beiwohnten, ist kein Zweifel darüber gelaufen worden, daß man dem Schneiderverbande, als der modernen Fachorganisation der Arbeitnehmer, die größtmöglichen Schwierigkeiten zu bereiten gedenkt. Wohl sei dort auch die Frage über die Zweckmäßigkeit der Tarifverträge für die Gesamtbranche ventilirt worden, doch ist es zu einem positiven Ergebnis bislang noch nicht gekommen, weil die diesbezüglichen Entwürfe mehrere für die Arbeitnehmer unannehmbare Bedingungen enthalten. So haben sich beim die Abschlässe von Tarifverträgen nur auf einzelne Städte beschränkt. Das neue Beispiel von Wilhelmshaven zeige jedoch, daß diese Einzelverträge nur einen sehr problematischen Wert haben. Sobald es den Arbeitgebern gut dünkt, suchen sie den Vertrag durch die bekannten Praktiken illusorisch zu machen. Treten dann die Schneider in einen Streik, so ist es den Arbeitgebern vermittelt ihrer weitverzweigten Organisation nicht gar zu schwierig, an andern Orten die Streikarbeit anfertigen zu lassen. So hat sich z. B. in Berlin eine Kategorie von Arbeitgebern gebildet, die die Anfertigung von Streikarbeit als Spezialität betreibt. Umfangreiche Prospekte werden von diesen Firmen nach den Streikorten versandt, worin sie sich zur prompten Uebernahme und Ausführung der von streikenden Schneidern verlassenen Arbeiten bestens empfehlen. Infolge der noch mangelhaften Organisation der Schneider, des Ueberangebots von Arbeitskräften und des Unwensens der Heimarbeit bleiben diese Firmen denn auch vielfach unbeschäftigt, sehr zum Schaden der anderweitig streikenden Arbeiter. Um diesen Praktiken wirksam entgegenzutreten zu können, wird der Hauptvorstand des Verbandes demnächst geeignete Maßnahmen in Vorschlag bringen. Dem der Verband könne nicht ruhig zusehen, wenn in einer Stadt Tausende von Mann für wochenlange Streiks ausgegeben werden, während die Arbeit der Streikenden in andern Städten ohne Schwierigkeit hergestellt wird.

Was nun speziell die Berliner Verhältnisse anbelangt, so arbeiten die organisierten Herren-Waldfabrik fast durchweg zu den von der Organisation stipulierten Tariffähnen. Zu bedenken sei dabei jedoch, daß diese in der Zahl von etwa 3000 immerhin nur einen geringen Prozentsatz der in den Herrenwaldfabrik und Waldfabrik-Geschäften tätigen ca. 15 000 Arbeiter bilden. Unter diesen Umständen sei es weiter nicht verwunderlich, wenn für das Gros der Berliner Waldfabrik noch allgemein ziemlich „wilde“ Zustände herrschen, trotz des vom Obermeister Krause seiner Zeit ausgearbeiteten und von den Arbeitgebern anerkannten Arbeitsvertrages. Natürlich sind auch den Berliner Arbeitgebern alle Organisationsbestrebungen der Schneider ein Dorn im Auge. Schon wegen der Teilnahme an Werkstattdiskussionen erfolgen vielfach Nachregelungen und Entlohnungen. In den Arbeitsvertrag fügen sie selbständig die sonderbarsten Bestimmungen ein. So ließ unter andern die Firma Agte u. Wendi, Krausenstraße, von ihren Arbeitern den Pausen unterschreiben, daß diese innerhalb der nächsten vier Jahre keine Lohnhöhung fordern dürften. Die Firma Hinkel, Französischestr., hat ihren Arbeitern kund und zu wissen, daß Kündigung beiderseits ausgeschlossen

sei, doch sollten sich die Arbeiter verpflichten, während der vierzehn Tage vor den drei großen Feiern nicht aus der Arbeit zu treten. Selbstverständlich sind derartige Abmachungen gesetzlich ungültig, selbst wenn sie von den Arbeitern unterschrieben sind. Es wurden dann noch mehrere Fälle zur Sprache gebracht, wo sich die Angestellten der Firmen den Werkstattdiskussionen wie auch besonders den abliefernden Heimarbeiterinnen gegenüber in einer äußerst schamlosen Weise benommen haben. Eine scharfe Kritik wurde auch an den Geschäftspraktiken der Wahlkonfektions-Geschäfte geübt, weil diese die Kunden in den Glauben wiegen, sie liefern reelle Reparatur, während es sich lediglich nur um eine bessere Konfektionsarbeit handelt. Bemängelt wurde hierbei auch das Verhalten des „Vorwärts“, der Inserate annimmt (u. a. von der Firma Schlegel, Roabit), in denen „Wahanzüge“ mit besten Zuthaten für 15 und 20 M. angepriesen werden, wo es doch feststeht, daß für solchen Preis ein Wahanzug nicht herzustellen ist. — Sodann forderte Ritter noch zu zahlreicher Beteiligung an den kommenden Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse auf, da die vorige Wahl infolge eines Protestes von der Gewerbe-Deputation vorausichtlich für ungültig erklärt werden würde. Mit einem kernigen Appell Taterows, für die Stärkung der Organisation zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend hielt am Montag im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Der Kassensbericht vom dritten Quartal weist einschließlich des alten Bestandes von 7 122,65 M. eine Einnahme von 15 354,45 M. auf; die Ausgaben beliefen sich auf 8 532,80 M., so daß ein Bestand von 6 801,65 M. verbleibt. Da in den Ausgaben die Zurückzahlung eines Darlehens von 5000 M. an den Holzarbeiter-Verband eingegriffen ist, so haben sich in diesem Quartal die finanziellen Verhältnisse des Verbandes tatsächlich sehr günstig entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist von 1075 auf 1150 angewachsen. — Dem Kassierer Jimpel, der außerdem noch die Abrechnung vom Sommerfest verlas, wurde einstimmig Decharge erteilt. — Als Mitglied der Arbeitsnachweis-Kommission wurde Christoph gewählt und Dettlof, der vom Vorstand zum Mitglied derselben Kommission ernannt worden war, bestätigt. — Darauf fand eine längere Aussprache über die Verhältnisse der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin und Umgegend (früher Metzger-Kasse) statt. Es soll bei dieser Kasse häufig vorkommen, daß Arbeitgeber größere Beitragssummen, bis zu 1000 M., schuldig bleiben, trotzdem sie die Beiträge ihren Arbeitern in der vorgeschriebenen Weise abgezogen haben. Kürzlich ist ein Arbeitgeber deswegen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden; er soll, wie behauptet wird, hierbei noch ein Geschäft gemacht haben. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, daß es nun vor allem darauf ankomme, daß bei den Delegiertenwahlen zur Kasse nur solche Kollegen gewählt werden, die auch wirklich das Vertrauen der Gesamtheit besitzen und verdienen. In der demnächst stattfindenden Versammlung der Werkstattdelégierten sollen Vorschläge der Kandidaten für die Delegiertenwahlen der Ortskasse gemacht werden. — Sodann wies Hoffmann noch darauf hin, daß es im Interesse einer wirklich zuverlässigen Unfallstatistik der an Holzbearbeitungsmaschinen tätigen Arbeiter notwendig ist, daß jeder Unfall in Betriebe sofort der Organisation gemeldet wird, da die amtliche Unfallstatistik, die die ganze Holzindustrie zusammenfaßt, durchaus keinen zuverlässigen Aufschluß über die große Zahl der in dieser Branche vorkommenden Unfälle gibt. — Auf die Aufnahme einer Lohnstatistik soll in diesem Herbst mit Rücksicht auf die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin geplante Statistik verzichtet werden.

Der Centralverband der Brauerei-Arbeiter (Berlin Sektion II)

hielt am Sonntag in Kellers Saal seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Ritter über „Die Berliner Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1902“ gab Franke den Kassensbericht vom dritten Quartal. Für die Centralkasse wurden vereinnahmt 4841,80 M., verausgabt 1545,79 M., so daß ein Bestand von 3296,01 M. verbleibt. Aus dem Vorstandsbericht, den Reumann erstattete, ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl während des letzten Geschäftsjahres von 833 auf 1406 angewachsen ist. Abgehalten wurden 45 Mitglieder- und Wanderversammlungen sowie 49 Vorstandssitzungen. Verhandlungen mit Arbeitgeberern fanden 43 statt und war das Resultat derselben fast durchweg ein befriedigendes. An Krankenunterstützung leistete die Sektion für 2212 Tage 1908 M. und an Arbeitslosen-Unterstützung für 694 Tage 558 M. Andreu Gewerkschaften konnte ein Unterstüßungsbeitrag von rund 600 M. überwiesen werden. — Die alsdann erfolgten Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Reumann; 2. Vorsitzender: Köhler; 1. Kassierer: Franke; 2. Kassierer: Carl; 1. Schriftführer: Goeßlich; 2. Schriftführer: Jurisch; Revisionen: Jürgens, Zielinski und Jordan; Arbeitsnachweis-Kommission: Jürgens, Jordan, Dredow und Lustenbagen. — Eine scharfe Mißbilligung erfuhr das Verhalten der Brauerei-Gildebein (Abteilung I), weil diese mehrfach den ringfreien Arbeitsnachweis umgangen hat, um sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Die Agitationskommission wurde beauftragt, eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen und erhielt gleichzeitig Vollmacht, nötigenfalls mit äußerster Konsequenz vorzugehen. — Reumann bemängelte ferner noch die auffallende Langsamkeit, mit der die Arbeitgeber die Tarifangelegenheit behandeln. Wenn auch durch den Tod Köstkes eine beträchtliche Verzögerung in der Erledigung dieser Sache eingetreten sei, so erwecke es doch den Anschein, als wenn der Verein der Brauereien die sachgemäße Regelung der Tariffrage abschichtlich in die Länge zieht. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Die Versammlung spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß seitens des Vereins der Brauereien Berlin und Umgegend auf den von uns im Mai d. J. eingereichten Tarif ein Bescheid noch nicht erfolgt ist. Seitens des dortigen Vorstandes wurde eine gemeinschaftliche Beratung im Monat August versprochen. Auf eine spätere Anfrage wurde weiter versprochen, daß Ende September eine Plenarsitzung des Vereins mit der Beschlußfassung stattfinden sollte. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, bei der Leitung des Vereins der Brauereien vorstellig zu werden, um eine endliche Erledigung der Tariffrage herbeizuführen, da seit Einreichung des Tarifs bereits fünf Monate verstrichen sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bischof, 14. Oktober. (W. T. B.) Ein Jesuitenpater ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, er habe den Gläubigen im Reichstuhle zum Angriff auf die Liberalen geraten. — Der Präfect hat seinen Abschied genommen. Mehrere Karlisten sind verschwunden. Port Arthur, 13. Oktober. (Weidung des Reuterschen Bureau.) Der Statthalter Alexejew hat am Sonntag 78 000 Soldaten beschickt, welche an den Manövern der größten russischen Armee teilgenommen haben, die jemals im fernem Osten konzentriert war. Den Fremden wurde jede Gelegenheit gegeben, dem Schauplatz beizuwohnen. Die gesamte russische Streitmacht, die in der Nähe von Port Arthur zur Verfügung steht, soll nach amtlichen Mitteilungen 100 000 Mann betragen. Wie von Beamten angegeben wird, haben diese Manöver den Zweck einer Demonstration gegenüber andern Mächten. — Zwei Linienfahrzeuge und zwei Kreuzer sind von Ausland unterwegs, welche die russische Flotte auf dieser Station verstärken sollen, die dadurch nach Ansicht russischer Offiziere der Japans überlegen sein wird.

Nach dem Parteitage.

Im sozialdemokratischen Verein in Ottenen wurde in zwei Versammlungen über den Parteitag verhandelt, wobei auch v. Elm sehr heftig gegen Bebel und Mehring polemisierte.

Die heute im „Ottenser Volkshaus“ versammelten Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für Ottenen und Umgebung sind der Ansicht, daß es an der Zeit war, auf dem Parteitage einmal die Frage der Mitarbeiterschaft von Parteigenossen an gegnerischen Zeitungen und Blättern zu erörtern.

Was die fernere Mitarbeit der Genossen Mehring an der Parteipresse anbetrifft, so liegt tatsächlich Grund genug vor, um von dieser abzusehen; doch wollen die Versammelten die angekündigte Verteilungsschrift Mehrings abwarten, um ein endgültiges Urteil in dieser Frage zu fällen.

Im Winneberger Parteibereich sollte eine Resolution gegen v. Elm angenommen worden sein. Der Vorstand des Vereins giebt jetzt im „Hamburger Echo“ eine Erklärung ab, daß diese Mitteilung auf einem Irrtum des Berichterstatters beruhe.

Im sozialdemokratischen Verein in Harburg referierte der Delegierte Rühle über den Parteitag. Er stellte sich ganz auf den Standpunkt Bebel's und legte schließlich folgende Resolution vor: Die am 7. Oktober im Lokale des Herrn Gutwirth tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Harburg und Umgebung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Dresden einverstanden.

Die Diskussion über den Bericht und die Resolution wurde auf eine spätere Versammlung verschoben.

Im sozialdemokratischen Verein in Hanau wurde beschlossen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages einverstanden. Sie ist ferner der Meinung, daß die Aussprache über die Mitarbeit unserer Parteischristen an arbeiterfeindlichen Blättern und über unsere Taktik unvermeidlich geworden war und begrüßt unter diesen Umständen das Vorgehen des Genossen Bebel in diesen Fragen als einen wertvollen Dienst, den er unserer Partei erwiesen hat.

In einer Kreis-Parteiversammlung in Dortmund berichtete der Delegierte Konrad Haenisch über den Parteitag. Da sein Standpunkt aus den Artikeln des Dortmunder Parteiblattes bekannt ist, so erübrigt sich eine Skizzierung seines Berichtes.

Die heutige Parteiversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde erklärt sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages im wesentlichen einverstanden. Der Resolution Bebel - Singer - Kautsky hätte sie eine präzisere und schärfere Form gewünscht, um den Revisionisten gegenüber Klarheit zu schaffen.

Dem Delegierten Genossen Haenisch wird bestätigt, daß er im Sinne seiner Mandanten sein Mandat ausgelöst hat.

In der Parteiversammlung des 18. sächsischen Wahlkreises, die in Weiden tagte, berichtete der Delegierte Müller-Midau. Bezüglich der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern hätte er gewünscht, daß solche vom Parteitage überhaupt verboten worden wäre.

Im Wahlverein in Peterswaldau (Schlesien) wurde beschlossen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage gefassten Beschlüssen einverstanden.

Die heutige Parteiversammlung ist nach Entgegennahme des Berichts vom Parteitage mit den Beschlüssen desselben einverstanden. Sie verurteilt entschieden die Schreibweise einzelner Parteiorgane, z. B. der „Münchener Post“, des „Anhalter Volksblattes“, des „Düsseldorfer Volksblattes“ usw., welche geeignet ist, die vielfach bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch gehässige, zum Teil unzutreffende Behauptungen noch mehr zu verärgern.

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage in Dresden gefassten Beschlüssen einverstanden, verurteilt mit aller Entschiedenheit die namentlich von den Genossen Braun, Bernhard usw. zu dem Zwecke, ihre eigenen Schwächen zu verdecken, in Szene geleiteten persönlichen Angriffe gehässiger Art und spricht die Erwartung aus, daß die künftigen Parteitage von solchen Debatten verschont bleiben, daß alle Genossen einmütig zusammenarbeiten, um die Sozialisierung der Gesellschaft zu beschleunigen.

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage in Dresden gefassten Beschlüssen einverstanden, verurteilt mit aller Entschiedenheit die namentlich von den Genossen Braun, Bernhard usw. zu dem Zwecke, ihre eigenen Schwächen zu verdecken, in Szene geleiteten persönlichen Angriffe gehässiger Art und spricht die Erwartung aus, daß die künftigen Parteitage von solchen Debatten verschont bleiben, daß alle Genossen einmütig zusammenarbeiten, um die Sozialisierung der Gesellschaft zu beschleunigen.

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage in Dresden gefassten Beschlüssen einverstanden, verurteilt mit aller Entschiedenheit die namentlich von den Genossen Braun, Bernhard usw. zu dem Zwecke, ihre eigenen Schwächen zu verdecken, in Szene geleiteten persönlichen Angriffe gehässiger Art und spricht die Erwartung aus, daß die künftigen Parteitage von solchen Debatten verschont bleiben, daß alle Genossen einmütig zusammenarbeiten, um die Sozialisierung der Gesellschaft zu beschleunigen.

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage in Dresden gefassten Beschlüssen einverstanden, verurteilt mit aller Entschiedenheit die namentlich von den Genossen Braun, Bernhard usw. zu dem Zwecke, ihre eigenen Schwächen zu verdecken, in Szene geleiteten persönlichen Angriffe gehässiger Art und spricht die Erwartung aus, daß die künftigen Parteitage von solchen Debatten verschont bleiben, daß alle Genossen einmütig zusammenarbeiten, um die Sozialisierung der Gesellschaft zu beschleunigen.

Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den auf dem Parteitage in Dresden gefassten Beschlüssen einverstanden, verurteilt mit aller Entschiedenheit die namentlich von den Genossen Braun, Bernhard usw. zu dem Zwecke, ihre eigenen Schwächen zu verdecken, in Szene geleiteten persönlichen Angriffe gehässiger Art und spricht die Erwartung aus, daß die künftigen Parteitage von solchen Debatten verschont bleiben, daß alle Genossen einmütig zusammenarbeiten, um die Sozialisierung der Gesellschaft zu beschleunigen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Hamburg starb nach längerem Leiden der Parteigenosse Klaus Wöhe, ein Hafnarbeiter.

Im zweiten Wahlkreise, dem Wöhe angehörte, war er eine in engeren Kreisen sehr bekannte und seines Eifers und seiner Gewissenhaftigkeit wegen hochgeschätzte Persönlichkeit. In selbstloser Hingabe an die Arbeit für seine Klasse war Wöhe gewissermaßen der Typus der Hamburger Arbeiter.

Hus Industrie und Handel.

Das Kohlencomptoir. Kaum ist die Erneuerung des Kohlen-Industrials gesichert, so schied er sich auch schon an, sich des Kohlenverfrachtungswesens auf dem Rhein zu bemächtigen, um dadurch das Mittel zur härteren Forcierung seiner Ausfuhr nach Holland, Belgien und Nord-Frankreich zu gewinnen.

Kartellbestrebungen in der Lederindustrie. Seit einiger Zeit rücken sich auch in der Lederindustrie die Fabrikanten, um ein Syndikat zu stände zu bringen. Die hohen Profite, die andre Syndikate zu erzielen wissen, lassen sie nicht mehr schlafen, und so wollen auch sie den nicht mehr ungewöhnlichen Weg beschreiten, die Preise hinauszutreiben.

Doch scheinen die Fabrikanten vielfach das Zustandekommen eines Kartells oder Syndikats nicht abzuwarten zu wollen; sie gehen

schon jetzt mit Preiserhöhungen vor. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, versuchen einzelne Gerbervereinigungen schon jetzt die Preise zu erhöhen. So hat der Verband der Thüringischen und sächsischen Lederfabrikanten beschloffen, zunächst folgende Erhöhungen einzutreten zu lassen: Sohlleder, Bachelleder und Beschirmlleder in Säuten um 5 M., Coupons von Sohl-, Wade- und Riemenleder um 10 M., Stiefe aller Art, Felleber usw. um 10 M. für den Centner.

Ueber die Anbauflächen der hauptsächlichsten Fruchtarten im Juni 1903 brachte schon vor etwa einem Monat der „Reichs-Anzeiger“ verschiedene Angaben, denen jetzt in der amtlichen Bearbeitung des Reichsagrars Prof. Dr. Manet eine Veröffentlichung der Gesamt-Erhebungen folgt. Seit 1890 finden diese Ermittlungen der Anbauflächen schon im Juni statt, während bis 1898 diese Ermittlungen erst in dem auf die Abwertung folgenden Jahre bekannt wurden.

Der 1903er Anbau weist nun gegenüber dem von 1902 folgende Abweichungen auf: er nahm ab u. a. bei Winterweizen um 207 788 Hektar oder 11,8 Proz. und stellte sich auf 1 667 227 Hektar; bei Winterroggen um 137 551 Hektar oder 2,3 Proz. und stellte sich auf 5 878 684 Hektar; bei Kleen um 38 908 Hektar oder 1,9 Proz. und stellte sich auf 1 887 684 Hektar; bei Wintertraps und -Rüben um 7 352 Hektar oder 8,4 Proz.

Dagegen nahm der 1903er Anbau gegen das Vorjahr zu: bei Sommerweizen um 108 120 Hektar oder 7,4 Proz. auf 255 405 Hektar; bei Sommerroggen um 8688 Hektar oder 0,2 Proz. auf 146 394 Hektar; bei Sommergerste um 61 441 Hektar oder 3,7 Proz. auf 1 705 312 Hektar; bei Hafer um 144 777 Hektar oder 3,5 Proz. auf 4 301 067 Hektar; bei Kartoffeln um 10 981 Hektar oder 0,3 Proz. auf 3 251 507 Hektar.

Auch im laufenden Jahre haben Auswintungen und Unpflügungen bei den Winterfrüchten und Futterkräutern gegen 1902 eine Abnahme der Anbaufläche um 401 617 Hektar zur Folge gehabt, während bei den Sommerhalbjahresfrüchten und Futterpflanzen eine Zunahme von 333 857 Hektar festgestellt hat. Die hiernach übrig bleibenden 67 760 Hektar werden nach dem amtlichen Bericht wohl, soweit nicht Pflanzgut, Getreide und Arbeitskräften eine Bewahrung für diesen Sommer unmöglich machten, größtenteils mit anderweitigen Futterpflanzen, Kartoffeln etc. bestellt worden sein.

Eduard Kosch Nachfolger in Dresden. Geh. Kommerzienrat Viktor Hahn, der gegen Hinterlegung einer Kaution von 100 000 M. aus der Haft entlassen worden ist, beabsichtigt laut „Dresdener Zeitung“, die durch seine Verhaftung abgebrochenen Verhandlungen mit österreichischen und englischen Kapitalisten zwecks Umwandlung des Kaufhauses Eduard Kosch Nachfolger in eine Aktiengesellschaft wieder aufzunehmen. Hahn ist der Ansicht, daß sich sein Projekt in absehbarer Zeit verwirklichen lassen wird, sein Privatvermögen wird auf 3 Millionen Mark geschätzt.

Der Bochumer Verein für Bergbau und Hüttenfabrikation hat im letzten Geschäftsjahre nach seinem sechsten veröffentlichten Jahresbericht einen Reingewinn von 2 054 833 M. (im Vorjahre 2 105 132 M.) erzielt. Aus diesem Gewinn wird beabsichtigt, nach Abzug der statutarischen und kontraktlichen Entnahmen, wie im vorigen Jahre eine Dividende von 7 Proz. auf das dividendenberechtigte Kapital von 25 200 000 M. zu zahlen und den verbleibenden Rest zu Gratifikationen, Unterhaltungen und andern besonderen Ausgaben zu verwenden.

Der Gesamtabsatz der Stahlfabrik einschließlich des verkauften Roheisens betrug 304 225 Tonnen (v. J. 173 568 Tonnen) und die Gesamtsumme dafür 28 172 655 M. (v. J. 27 772 796 M.). Der Absatz an Roheisen überstieg den vorjährigen um rund 17 000 Tonnen. In das mit dem 1. Juli d. J. begonnene neue Rechnungsjahr sind 83 667 Tonnen (v. J. 76 625 Tonnen) Gesamtaufträge, einschließlich des verkauften Roheisens, übernommen worden.

Der Absatz der zu dem Verein gehörenden Stahlindustrie-Gesellschaft betrug 61 814 Tonnen (v. J. 57 831 Tonnen), die Einnahme 7 599 045 M. (v. J. 7 376 958,67 M.). Die Verfehlungen bezifferten sich am 1. Juli d. J. auf ca. 14 000 Tonnen.

Morgans Rückzug. Wie dem „Berliner Tageblatt“ von seinem New Yorker Korrespondenten telegraphiert wird, läßt an der dortigen Börse das Gerücht um, der vielgefeierte Pierpont Morgan wolle sich vom Geschäft zurückziehen und in Ruhe seine Renten verzeihen. Das Moskauer Blatt bemerkt dazu:

Man denke sich, welchen Eindruck es noch vor einem Jahre auf die New Yorker Börse, ja in der ganzen Welt ausgeübt hätte! Morgan zieht sich zurück, das hätte damals so viel geheißen, wie Atlas ist müde, die Bürde des Weltalls auf seinen Schultern weiter zu tragen. Und heute geht man aufselbstendend über Morgans hinweg. Welch eine Wandlung der Dinge in so kurzer Zeit! Retoren gleich sind Schwab und Morgan am Himmel des Weltwirtschaftslebens dahingefahren. Acht Jahre hat Morgan im ganzen im Vordergrund gestanden. Die Reorganisation der Northern Pacific-Bahn im Jahre 1895 war seine erste bedeutendere Leistung, durch die er weiteren Kreisen in Amerika bekannt wurde. In der Wera der großen Kombinationen, die im Jahre 1898 einsetzte, stand Morgan ebenfalls an der Spitze. In rascher Folge schuf er den Stahltrust, die Northern Securities Co. und den Schiffahrtstrust. Kleinere Gründungen, die sich aber auch noch nach vielen Millionen berechneten, wurden nebenbei vorgenommen. Aber rascher noch, als Morgans Gestalt aufgegangen war, begann es zu erbleichen. Dauernder Bestand scheint Morgans Reifeinsparungen nicht beschieden zu sein. Und wenn er sich wirklich im die Jahreswende von den Geschäften zurückziehen sollte, so werden auch die Aktien seiner großen Gründungen den Recordstand noch unter erreicht haben.

Wir glauben nicht recht an diese Absicht Morgans. Möglich, daß er es unter den heutigen wirtschaftlichen Umständen und den ihn nicht nur als Finanzmann bloßstellenden Entschaltungen der letzten Tage vorzieht, einstweilen vom Schauplatz zu verschwinden, aber wenn wieder die Sonne am wirtschaftlichen Horizont aufsteigt, wird auch er wieder kommen. Und wenn er Geld hat und neue Summen zu „verdienen“ weiß, dann wird dieselbe kapitalistische Presse, die ihn heute höhnt, ihn in blinder Erfolgssehnderei wieder als Finanzgenie und als wirtschaftlichen Vordenker feiern, wie sie jeden feiert, der Millionen zu „machen“ weiß, mag auch sein Weg über Reichen gehen.

Sociales.

Die Sozialpolitik des Rärnberger Rathaus-Freiwuns. Wie wir vorige Woche berichteten, ist der Stadtmagistrat Nürnberg von der Regierung gezwungen worden, den zuerst abgelehnten Antrag der Arbeiter auf Errichtung einer Orts-Krankenkasse in Instruktion zu ziehen und unter den Beteiligten eine Abstimmung vornehmen zu lassen. Das Ausschreiben für diese Abstimmung ist jetzt erlassen worden und so ausgefallen, wie wir befrachtet haben. Man hat es vortrefflich verstanden, die Sache so zu beifellen, daß unbedingt eine Ablehnung herauskommen muß. Die Zahl der Stimmberechtigten wird vom Magistrat festgestellt, dieselben haben ihre Stimme für oder gegen abzugeben, wenn aber eine Orts-Krankenkasse errichtet werden soll,

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Feuerrot. Cavalleria rusticana.
Schanzpielhaus. König Robam.
Deutsches. Geschäft ist Geschäft.
Verliner. Alt-Heidelberg.
Vestling. Der Sturmgeiste Sokrates.
Westen. Der Troubadour.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Reichens. Späting. Das beste Mittel.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
San Marcos Tochter.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Stützen der Gesellschaft.
Kleines. Nachtisch.
Zuflucht. Berlin bei Nacht.
Carl Weisk. Kantor in Wicks.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Vasage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Carl Weisk. Kantor in Wicks.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Vasage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Um 4 Uhr im Theater:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
(Kleine Preise.)
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Lebend!! Die zusammen-
gewachsenen Schwestern,
25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen
Der Riese
Andries Venter
aus Transvaal, ehemal. Leib-
Gardist d. Präsidenten Krüger.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid. Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Gumbel Theat.), Spandauerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Der Sensations-Erfolg
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem
Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten.
von Adolf Philipp.
Büfenszenenverkauf (ohne Gebühr) an der
Theaterkasse, Invalidendamm, Künstler-
damm und in Westgelms Warenhäusern.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Olga Wohlbrück,
Spott- und Geissellieder.
Der Todessprung
des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Der Herr Stadtmusikus
und seine Kapelle.
Anfang 8 Uhr.
Nachher: **Ball.**

Sanssouci.
Kaisertor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Achtung! Vereine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Per-
sonen ist zum Sonnabend den
11. November frei geworden.
29162* Neues Club-Gaus.
Kommandantenstrasse 72.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Ein romantisches Trauerspiel in fünf
Aufzügen von Arthur Hiltner.
Freitagabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Sonntagabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.

Cirkus Schumann.
Heute, Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung. Um 9 Uhr die Sensations-Dressur
des Herrn Jul. Seeth. **Löwen**
Reitkünstler-Kongresse der
Herren: Dr. Daroff, Woodson,
Pisslatti u. Geshw. Pisslatti,
Hodgini.
Zoologisches Poppourri d. Dr. Lab. Die Horizontalmanege. Die Todessprünge
d. Barjols-Gunde. D. preisgekr. 6er Zug u. d. fahr. Kaskad. d. Dir. Alb. Schumann.

Cirkus Busch.
Donnerstag, den 15. Oktober cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Berliner Winterfreuden.
Humoristisches Manège-Schauspiel.
Anfänger:
Miss Claire Heliot, die
Löwenbraut.
Paul Mündners
Todesstrang.
Eine Hirschjagd, geritten mit
20 Boll- u. Halbblutpferden.
Exotisches Monstre-Tableau:
12 Elefanten, 3 Zebras, 50 Pferde.
Der Elefant als Chauffeur.
Neapolitano Soja, ein Applaner
Hengst, geritten von Herrn
Burkhardt-Footitt.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 15. Oktober 1903:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Fräulein Doktor.
Kulspiel in 4 Aufzügen von Balthar
und Stein.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: **Kurios-Burlesk.**

Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Sensations-Erfolg!
Geniehet das Leben.
Das
ideale Oktober-Programm.
Freitag, den 16. Oktober 1903:
Elite - Extra - Vorstellung:
Maria Stuart.
Ehren- und Vorzugsarten gültig.
Anfang 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Freitag:
Gastspiel d. Berl. Volks-Theaters
Grosser Erfolg!
Der Schlafwagen-Kontrolleur.
Schwank in 3 Akten von Hison.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag um 5 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Norddeutsche Säng. und Tanz.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide No. 108/114.
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Kyritz-Pyritz.
Bosse mit Gesang in 3 Aufzügen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsarten haben Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Familien-Ball.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Außerdem ganz neues Programm.
Zum Schluss:
Die Angströhre.
Nach der Vorstellung:
Wittm., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henschel
Wien. Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Reichshallen
Stettiner Säng.
(Reisel, Pietro, Britton,
Stehl, Böhm, Böd-
mann, Blätner,
Schradler u. Eberino.)
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Etabl. Buggenhagen
Mortkplatz. Im Kaiserpalast:
Künstler-Entende
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schaus.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-
öffnung 6 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Bons hab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den nächsten Tagen Dienstag und
Donnerstag: **Präparat-Konzert.**
Sonntagabend u. Sonntag: **Görlich-**
Konzert. Bons haben Gültigkeit.

Socialdemokrat. Wahlverein der Frauen
Berlins und Umgegend.
Donnerstag, 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Hoffäger-Palast“, Hasenheide 52/53:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Mag. Grünwald** über: „Die Frauen und die preussischen Landtags-
wahlen“. 2. Diskussion.
Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69 (Laden).
Soeben ist erschienen:
Dresdener
Parteitag-Protokoll
448 S. stark — Preis 75 Pf., geb. 1 Mk.
Die Verhandlungen haben bei unsren Parteigenossen das leb-
hafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die
„Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei.
Die stattgefundenen Verhandlungen des Parteitags in Dresden
werden auch das Interesse an die früheren Parteitage. Wir empfehlen
daher:
Parteitag-Protokolle.

Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei,
ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik. Nachstehend geben wir
die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung
in summarischer Inhaltsangabe heraus.

Halle.	1890. Neureorganisation; Programmrede Lie- bnecht; Stellung zu Streiks und Sonntags- Ruhe; Auseinandersetzung mit den „Unab- hängigen“. 300. — 50
Erfurt.	1891. Festlegung des Programms; Programm- entwürfe; Abschluss der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 300. — 50
Berlin.	1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen, Bohloft, Kontrollmarke. 300. — 50
Cöln.	1893. Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Schwerer und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 300. — 40
Frankfurt.	1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Truist, Ringe und Kartelle. 300. — 25
Breslau.	1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. 300. — 50
Gotha.	1896. Frauen-Agitation; Literatur-Debatte. 300. — 30
Hamburg.	1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Brosch. 300. — 35, geb. 300. — 60
Stuttgart.	1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preus- sische Landtagswahlen; Zoll- und Handels- politik. Brosch. 300. — 35, geb. 300. — 60
Hannover.	1899. Bernstein-Debatte; Justizhausordnung; Will- kürfrage. Brosch. 300. — 50, geb. 300. — 75
Mainz.	1900. Beihilfen; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Brosch. 300. — 50, geb. 300. — 75
Lübeck.	1901. Jollars und Handelsverträge; Wohnungs- frage; Hamburger Accordmanöver; Bernstein- Debatte. Brosch. 300. — 60, geb. 300. — 90
München.	1902. Bevorstehende Reichstagswahl; Arbeiter- versicherung; Kommunalpolitik; Debatte über „Neue Zeit“. Brosch. 300. — 60, geb. 300. — 90

Protokolle
der
Internationalen Arbeiter-Kongresse.
Paris. 1889. Mit einem Vorwort von W. Liebknecht.
Berichte der Delegierten der einzelnen
Länder; Abschaffung der stehenden Heere;
Waffen. 300. — 25
Zürich. 1890. Stellung der Partei im Kriegsjahr; Agrar-
frage; Generalstreik. 300. — 50
London. 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Er-
ziehung und körperliche Entwicklung. 300. — 20
Paris. 1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht;
die Eroberung der politischen Macht;
Kolonialpolitik; der Sozialismus in den
Gemeinden. 300. — 20

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Haar und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12 — 1/3, 1/2, 6 — 1/3, Sonnt. 9-11

Socialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.).
Donnerstag, den 15. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr,
in der Urania, Wrangeistr. 10:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Vortrag.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
NB. In dieser Versammlung gelangen unter Nachzahlung von 10 Pf.
die Parteitag-Protokolle zur Ausgabe.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.
244/17

Sechster Wahlkreis.
Donnerstag, den 15. Oktober 1903, abends 8 Uhr,
im Siskeller, Chausseest. 88:
Ausserordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Dresdener Parteitag.
2. Berichterstattung der Ständeburger Provinzial-Konferenz und
Diskussion.
3. Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
249/12

Socialdemokrat. Wahlverein der Frauen
Berlins und Umgegend.
Donnerstag, 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Hoffäger-Palast“, Hasenheide 52/53:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Mag. Grünwald** über: „Die Frauen und die preussischen Landtags-
wahlen“. 2. Diskussion.
Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69 (Laden).
Soeben ist erschienen:
Dresdener
Parteitag-Protokoll
448 S. stark — Preis 75 Pf., geb. 1 Mk.
Die Verhandlungen haben bei unsren Parteigenossen das leb-
hafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die
„Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei.
Die stattgefundenen Verhandlungen des Parteitags in Dresden
werden auch das Interesse an die früheren Parteitage. Wir empfehlen
daher:
Parteitag-Protokolle.

Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei,
ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik. Nachstehend geben wir
die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung
in summarischer Inhaltsangabe heraus.

Halle.	1890. Neureorganisation; Programmrede Lie- bnecht; Stellung zu Streiks und Sonntags- Ruhe; Auseinandersetzung mit den „Unab- hängigen“. 300. — 50
Erfurt.	1891. Festlegung des Programms; Programm- entwürfe; Abschluss der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 300. — 50
Berlin.	1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen, Bohloft, Kontrollmarke. 300. — 50
Cöln.	1893. Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Schwerer und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 300. — 40
Frankfurt.	1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Truist, Ringe und Kartelle. 300. — 25
Breslau.	1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. 300. — 50
Gotha.	1896. Frauen-Agitation; Literatur-Debatte. 300. — 30
Hamburg.	1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Brosch. 300. — 35, geb. 300. — 60
Stuttgart.	1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preus- sische Landtagswahlen; Zoll- und Handels- politik. Brosch. 300. — 35, geb. 300. — 60
Hannover.	1899. Bernstein-Debatte; Justizhausordnung; Will- kürfrage. Brosch. 300. — 50, geb. 300. — 75
Mainz.	1900. Beihilfen; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Brosch. 300. — 50, geb. 300. — 75
Lübeck.	1901. Jollars und Handelsverträge; Wohnungs- frage; Hamburger Accordmanöver; Bernstein- Debatte. Brosch. 300. — 60, geb. 300. — 90
München.	1902. Bevorstehende Reichstagswahl; Arbeiter- versicherung; Kommunalpolitik; Debatte über „Neue Zeit“. Brosch. 300. — 60, geb. 300. — 90

Protokolle
der
Internationalen Arbeiter-Kongresse.
Paris. 1889. Mit einem Vorwort von W. Liebknecht.
Berichte der Delegierten der einzelnen
Länder; Abschaffung der stehenden Heere;
Waffen. 300. — 25
Zürich. 1890. Stellung der Partei im Kriegsjahr; Agrar-
frage; Generalstreik. 300. — 50
London. 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Er-
ziehung und körperliche Entwicklung. 300. — 20
Paris. 1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht;
die Eroberung der politischen Macht;
Kolonialpolitik; der Sozialismus in den
Gemeinden. 300. — 20

WINTERGARTEN
Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vor-
stellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doretto Excentrics
Therese Renz Schulkreiterin
Die drei Luppis Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agost's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

WINTERGARTEN
Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vor-
stellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doretto Excentrics
Therese Renz Schulkreiterin
Die drei Luppis Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agost's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

WINTERGARTEN
Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vor-
stellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doretto Excentrics
Therese Renz Schulkreiterin
Die drei Luppis Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agost's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

WINTERGARTEN
Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vor-
stellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doretto Excentrics
Therese Renz Schulkreiterin
Die drei Luppis Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agost's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

Damen-Jackets,
Capes, Blusen,
Röcke
billiger
als in jeder Fabrik. 15162*
Reste
zu Kostümen, Damen-
mänteln, zu Mädchen-
und Knaben-Sachen.
Oskar Basch, Oranien-
strasse 202, pt.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag:
Salome. Der Kammermüller.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37, Anf. 8, Sonnt. 7 1/2.
Das vollst. neue Oktober-Programm.
Arnold-Wolbert-Marselli.
Die neue Fosse: Die Diebesfalle.
Um **Tolle Kadetten.**
Sonntagabend 4 Uhr: Ein
eiles Weib.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Berlin bei Nacht.
Bosse mit Ges. in 3 Akten v. D. Kallisch.
Freitag: Berlin bei Nacht.
Sonntagabend 3 Uhr: Krieg im
Frieden.
Abends 8 Uhr: Berlin bei Nacht.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Universitätsstrasse.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend: Die Notbrücke.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwank in 3 Akten von A. Wilson.
Deutsch von B. Jacobsohn.
Vorher: **Obbing.**
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonntagabend 3 Uhr: Seine
Kammerzofe. Sonntagabend zum ersten-
mal: Das grosse Geheimnis.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Direktor Carl Weiss als Franz in
Alt-Heidelberg in Berlin oder:
Amor in Wicks.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagabend 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: **Robinson Crusoe.**
Sonntagabend 3 Uhr: Partett
60 Bl.: Am Alter.

Apollo-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Zum 9. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten
von weiland **Josef Strauss.**
Im **Blütenhochzeit.**
3. Akt:
Ballett von Louis Gundlach.
Die glänzenden Specialitäten
und **Messieurs Blophon.**
Anfang 8 Uhr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 18. Oktober:
 15/16. Abteilung im Metropol-Theater: „Klein-Eyolf“.
 10/11. Abteil. im Lessing-Theater: „Nathan der Weise“.

1. Kunstabend, Singakademie: L. van Beethoven.
 Entree 25 Pf. — Anfang 7/4 Uhr.

Billets in folgenden Sitzstellen: Nord: Boyer, Nordwest: Pfarr, West: Kunka, Südwest: Böttger, Süd: P. Horsch, Südost: G. Schulz, Ost: Vogel, Centrum: Löwenberg.

Sonntag, den 25. Oktober, 7/4 Uhr:
 2. Kunstabend, Singakademie: Richard Dehmel.
 Die Mitglieder werden ersucht, von Donnerstag den 15. Oktober ab die Billets abzuheben.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Nixdorf.
 Sonnabend, den 17. Oktober 1903, in Thiels Festsälen,
 Bergstr. 151/152:

Zehntes Stiftungsfest.

Auftreten der Berliner Volksänger-Gesellschaft
Lewandowski.
 Festrede und diverse Ueberraschungen.
 Billets sind in allen Sitzstellen zu haben. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Das Komitee.

Bildhauer.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands, Verwaltung Berlin.
 Sonnabend, den 17. Oktober, in sämtlichen Festsälen
 Gartenstraße 14/15:

Herbstfest.

Grosses Sinfonie- und Solisten-Konzert.

ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester. Dir.: Maxim Fischer.
 Witwirtende: Fel. Conrad, Berlin (Sopran), Kelly Komath (Tenor),
 Hermann Gerlach, Berlin (Bass), Maximilian Fischer (Klarin.).
 Billets inkl. Tanz 60 Pf. sind noch zu haben bei den Kollegen
 P. Greier, Rindlerstr. 1, zweiter Rang IV; O. Misbach, Engel-
 ufer 15, Zimmer 27, und im Restaurant Heine Noack, Rindler-
 u. Paderstrasse-Ecke.
 Anfang Punkt 8 Uhr. — Gäste willkommen.
 Das Vergnügungs-Komitee.

Achtung!

Koppenstrasse 29.

Louis Kellers Festsäle.

(Grosser Saal.)

Sonntag, den 18. Oktober 1903:

Koppenstrasse 29.

Stiftungsfest

Socialdemokratischen Wahlvereins des vierten Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten)

bestehend aus Vokal- und Instrumental-Konzert, sowie Auftreten des Berliner Ill.-Trios, Turnerische
 Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.

Von 6 Uhr ab:

Grosser Ball.

Personen, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Eintritt 25 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig.
 Programm gratis.

Eröffnung 4 Uhr.

Anfang 5 Uhr.

Wedding-Park,

Müllerstrasse Nr. 178. — Inhaber: Karl Maschke.

Sonntag, den 18. Oktober: 2994L

Grosser Ball.

Anfang 4 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Empfehle den werten Vereinen meine Säle zur
 Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen.

Sonnabende 31. Oktober, 14. u. 21. November frei.

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57.

Hochelegante Festsäle für 500 bis 1000 Personen,
 empfiehlt zu coulanten Bedingungen

25192*

Adolf Stein.

Sonnabende und Sonntage noch frei.

Mühlhäuser Kautabak

von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäusern
 i. Th. nur echt, wenn die Rollen den beigedruckten
 Zeitel enthalten, worauf gefäll. genau zu achten bitten.
 Vertreter für Berlin und Umgegend:
 August Kleinert,
 Berlin SW., Großbeerenstrasse 39.

Reines vollwertiges Roggenbrot

a 50, 35 u. 20 Pf.

und gute, schmackhafte weiche Brote,
 6 Stück 10 Pf., empfehle ich
 den werten Genossen u. Genossinnen.
 Pappel-Allee 24,
 Ernst Pfeiffer, Bäckerel.

Anfertigung feiner

Herrn- und Damen-Garderobe,
 bessere Damenjackets auf Lager.

Eleg. Ausführung, gering. Teilzahlg.

J. Kurzberg,
 Neue Königl. 47, II,
 direkt am Alexanderplatz.

Zur Beachtung!
 Wein seit 16 Jahren in
 Steglitz betriebenes
 Uhrengeschäft
 habe nach Steglitzstr. 7
 verlegt und bitte das mir
 bisher geschenkte Vertrauen mir auch
 fernerhin entgegenbringen zu wollen.
 H. Anape, Uhrmacher, Steglitzstr. 7.

Scheruechs Festsäle

Rüdersdorferstrasse Nr. 45.

Renoviert!!!

Säle von 50 bis 2000 Personen fassend

zu 20000.

Volkversammlungen,
 Werkstättenversammlungen,
 Vergnügungen, Hochzeiten etc.

Sonnabende und Sonntage
 noch zu vergeben.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Specialarzt für 129/10*

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Aufruf.

Alle am 10. bis 20. November Geborenen

werden zur Entgegennahme inter-
 essierender Mitteilung um sofortige
 deutliche Namensangabe
 und genaue Adresse gebeten.
 Unkosten entstehen nicht!
 Meldungen sind per Postkarte
 unter Chiffre

„10. bis 20. November“

an die Annoncen-Expedition

Haasenstein & Vogler, A.-G.,
 Berlin W. 8,

umgehend zu richten.

182/14*

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Nur das erste
 Wort fett. Worte mit mehr als
 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
 in der Hauptexpedition Lindenstr. 69,
 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 137*

Hochbornsche Herrenanzüge,
 Winterpaletots, feinsten Rohstoffen
 herrührend, 18,00-38,00, Reinfelder
 8-11 Mart. Deutsches Verlagshaus,
 Jägerstrasse 63, 1. Etage. 19388*

Winterpaletots sportbillig Leib-
 haus, Reanderstrasse 6. 307*

Teppiche, Gardinen, Vorhänge
 sportbillig Leibhaus, Reanderstrasse 6.

Beuten, Steppdecken, Regulatoren,
 Remontieruhren, Uhren, sport-
 billig Leibhaus, Reanderstrasse 6.

Spiegel, Bilder, Möbel, sport-
 billig Leibhaus, Reanderstrasse 6. Teil-
 zahlungen gestattet. 307*

Geliebtenstücke: Paletots, An-
 züge, Hosen, Beuten, Koffer, Dorn-
 gläser, Kessel, Revolver, Leinwand,
 Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe,
 Regulatoren, Reihzeuge, Harmonika,
 Geigen, Bibeln sportbillig. Jude,
 Dranienstrasse 131. 22985*

Achtung! Handwerker, Arbeiter
 empfehle noch zu allen billigen Preisen
 trotz enormer Nachfrage meine
 Kammergarn-Sweater, plattiert Kam-
 mergarn a 3,25 und 3,50, reimoellerer
 Kammergarn a 4,80 und 5,00, doppel-
 starke reimoellerer Kammergarn
 5,80 bis 6,00. Theodor Friedl, 1. Gehöft
 Dranienstrasse 174, 2. Gehöft Dranien-
 strasse 168. 18529*

Anzugreste 8,00, Damenreste 8,00,
 Kletterhandlung Klattenbergerstrasse 9.

Seidenstoffe, Reste jeder Größe
 sind wieder vorhanden Charlotten-
 burg, Goethestrasse 76. Rein Laden.*

Krawattenstoffe, größte Auswahl
 Wallnerstrasse 30. 19198*

Steppdecken. Seltener Kauf,
 Seidenstoff, statt 8 Mart durchweg
 3,75, besten Damen-Jackets (Ma-
 delle), teils auf Seide, 8 Mart,
 verkauft Julius Reumann, Belle-
 Allancestrasse 105. 19418*

Teppiche mit Farbenlehren Fabrik-
 niederlage Große Frankfurterstrasse 9,
 parterre. 137*

Maschinen! Ringelst, Adler,
 Central-Bobbin, Orion, Lambourier,
 Wheeler u. Wilson, Claiter, Sauter,
 u. a. m. Prima Qualität, solide und
 elegante Ausstattung. Preis billigt,
 bei Abzahlung coulante Bedingungen.
 Drei Jahre reelle Garantie.
 G. Weimann, Gollnowstrasse 26,
 nahe der Landsbergerstrasse. Alle
 Maschinen neu in Zahlung. 17968*

Soja, gut erhalten, 13,00, Emanu-
 ellen verkauft Dresdenstrasse 58,
 III rechts. 21878*

Kanarienvogel verkauft Drandi,
 Gollnowstrasse 61. 113*

Teppiche! (sehr beste) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Dr. Mann, Godesberger
 Markt 4, Bahnhof Seite. 93/2*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-
 fabrik, Gieselerstrasse 15, am
 Gieseler Thor, stehen viele Woh-
 nungs-Einrichtungen, versehen ge-
 wöhnliche und neue Ausstattungen zum
 sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei
 ganz geringer Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Durch
 große Gelegenheitskäufe zu billigen
 Preisen liefere ich gediegene Einrich-
 tungen für 150, 200, 300, 400 Mart,
 hochlegante von 500 bis 10000 Mart.
 Ganz besonders empfehlenswert ist der
 große Vorrat versehen gewesener und
 zurückgelegter Möbel, die noch fast neu
 und im Preise bedeutend herabgesetzt
 sind. Kleiderständer 24, Kommode 18,
 Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit
 Matratze 20, Nachschreibtisch, Vertikal-
 schrank 36, Salonarmatur, Tischgarnituren
 105, Tischbestellen mit Matratzen
 40, geklappte Büffets, Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Möbelverkauf, passendste Ge-
 legenheit für Brautleute. Die Möbel-
 fabrik Schützenstrasse 2, Ecke Friedrich-
 strasse, liefert komplette Wohnungs-
 Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400
 Mart, hochlegante Einrichtungen bis
 zu 10000 Mart und darüber. Teil-
 zahlung bei geringen Anzahlungen
 gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
 Täglich billig und empfehlenswert
 sind die kurze Zeit versehen gewesenen
 Möbel, zumal dieselben wie neu sind,
 um damit zu räumen. Kleiderständer
 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30,
 Bettstelle mit Matratze 20, Nachschrei-
 btsch, Vertikal 36, Salonarmatur,
 Tischgarnituren 105, Tischbestellen
 mit Matratzen 40, geklappte Büffets,
 Bücherstän-
 de, Paneele mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Eng-
 lische Schlafzimmern, Speisezimmer,
 Salons, auch Jugendstil, sehr billig.
 Gefasste Möbel werden drei Monate
 kostenfrei ausbewahrt, durch eigene
 Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Ringelstischen, Bobbin, Schnei-
 dener, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
 gebrauchte 12,00, Adonisstrasse 60/61,
 Brenslauerstrasse 59/60 und Große
 Frankfurterstrasse 43. 93/2*

Steppdecken, sportbillig, Fabrik
 Weinstrasse 20. 199*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125
 Mart, Invalidenstrasse 148, Stallher-
 strasse 40. 18508*

Erziehmaschinen, auch Teil-
 zahlungen, Brederer, Engel-Ufer 20.

Röhmaschinen sämtlicher Systeme,
 ohne Anzahlung, Woche 1,00, ge-

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Donnerstagabend, 8 1/2 Uhr im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53, eine Versammlung ab, in der Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Für den zu Tempelhof gehörenden Ortsteil Hasenheide (Nr. 61 bis 65) findet heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, bei Kühner, Hasenheide 89, eine Wahlvereins-Versammlung statt, in der die Aufstellung der Wahlmänner erfolgt. Das Erscheinen der Parteigenossen ist dringend notwendig.

Der sozialdemokratische Frauenverein hält heute abend 8 1/2 Uhr im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53, eine Versammlung ab, in der Genosse Grunwaldt referiert.

Weißensee. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150 eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Arthur Stadthagen spricht über das Thema: „Auf zur Landtagswahl.“

Sossen. Reichstags-Abgeordneter Kubel referiert Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr bei Kühner, Paruthstraße über die Landtagswahl.

Röpenitz. Die 14 Abteilungslisten zur Urwahl liegen nur noch heute und morgen im Rathaus, Zimmer Nr. 12, in der Zeit von 8 bis 12 und 3 bis 6 Uhr öffentlich aus.

Lokales.

Behörde und Unternehmer im gemeinsamen Kampfe gegen die Arbeiterschaft.

Dies in Deutschland alltägliche Bild wurde auch in einer Verhandlung vorgeführt, die gestern vor der fünften Strafkammer am Landgericht II stattfand. Wegen angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz waren die Buchbinder Hermann Spieghart und Robert Gerber angeklagt, vom Schöffengericht aber freigesprochen worden.

Man betrachte sich dies wie gesagt alltägliche Bild. Ein arbeitserfreundlicher Unternehmer fühlt sein Privatinteresse durch eine Freisprechung der in seinem Betriebe ausgenutzten Arbeiter verletzt. Der Mann ruft die Polizei heran und ein herbeigeeilter Gendarm löst nun auch richtig die Versammlung der Arbeiter auf.

Die Arbeitserfreundlichkeit der „Post“. Unsere Freundin, die „Post“ kämpft auch heute wieder den Kampf für Ordnung, Religion und Scharfmacher-Interessen. Diesmal hat die Unzielmäßigkeit der Scharfsterne am Görliger Bahnhof, über die wir vor einigen Tagen berichteten, das wackerer Blatt entzündet.

im Auslande befindliche Arbeiter haben nun, so lange der Ausstand dauert, von Rechts wegen keinen Anspruch auf die Verabfolgung von Wochenlöhnen. Sie sind ja gar nicht mehr genötigt, täglich zu ihrer Arbeitstätte zu fahren.

Es fehlt nur noch, daß die „Post“ verlangt, es sollen ausständig und ausgesperrte Arbeiter überhaupt vor der Beförderung auf der Eisenbahn ausgeschlossen werden.

Man begreift übrigens, daß der „Post“ gegen ausgesperrte Arbeiter kein Mittel barbarischer genug erscheint, wenn man sich die in dem Betriebe dieses Blattes herrschenden Praktiken einmal näher ansieht.

Vor einigen Tagen besuchte ich eine fränke Kollegin, die in dem früheren Waisenhaus Stralauerstr. 58 eine Stube oder richtiger eine Kammer bewohnt. Meine Freundin ist herz- und lungenleidend. Als ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß die Wohnstätte durchaus nicht einladend war, erzählte mir die Kranke, daß sie früher eine bessere Stube bewohnt habe, doch sei es ihr nicht möglich gewesen, noch weiter die Miete zu erschwingen.

Diese an einer 58 Jahre alten Arbeiterin nach 25jähriger Ausübung vererbte Handlung ist des Scharfmachertums würdig. Aber sie zeugt von Konsequenz. Wenn man, wie die „Post“, seinen Lebenszweck darin sieht, anständige Arbeiter unausgesetzt zu beschimpfen, muß man im eignen Hause ebenfalls brutal und herzlos verfahren.

Zur Dippold-Häute. Auf verschiedene Anfragen aus unserem Leserkreise wollen wir, um Mißverständnisse zu verhüten, darauf aufmerksam machen, daß der Vater des zu Tode geprügelten Knaben nicht der Reichsbank-Präsident Dr. Koch ist, sondern der Direktor der Deutschen Bank Rudolf Koch.

Die elektrischen Schnellfahrten der Studiengesellschaft haben eine kurze Unterbrechung erfahren müssen, weil im Kraftwerk zu Oberschöneeweide eine Maschine defekt geworden ist, ohne welche der hochgespannte Arbeitsstrom auf die weite Entfernung nicht geleitet werden kann.

Die Dämpfung des Betriebsgeräusches auf der Oststrecke der Hochbahn beschäftigt noch immer die Aufsichtsbahnen. Wie erinnerlich, wurden im Sommer dieses Jahres auf der Strecke Galesches Thor-Weidenbrücke hölzerne Langschwelle unter die Schienen gelegt, um zu erproben, ob dadurch sich eine Verminderung des rollenden Geräusches werde erzielen lassen.

Das Eifersuchtsdrama in der Steinmeyerstraße, dem am 25. Mai der Major a. D. August Reich zum Opfer gefallen ist, wird am Freitag das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigen. Vor diesem hat sich die Wirtschaftlerin Marie Gleditsch zu verantworten.

Die alte Kaffeebohne in der Wittchiner- und Alexanderstrasse wird jetzt abgebrochen und gleichzeitig die Alte Jakobstrasse, die an der Neuenburgerstraße durch eine alte Schwemme geschlossen ist, nach der Wittchinerstraße durchgebrochen.

Greifswalderstraße wohnender Kaufmann hatte gelegentlich des Wohnungswechsels eine neue Gasanlage anbringen lassen und mit der Durchföhrung der Arbeiten einen Angestellten der städtischen Gasanstalt in der Danzigerstraße betraut, der Privatarbeiten nebenbei übernahm.

Unheimliche Kiellerbesuch hatte in der letzten Zeit zweimal die Malerin Stiller-Walde in der Hofstr. 80. Als die Künstlerin, die in Groß-Lichterfelde wohnt, kürzlich nach dreitägiger Abwesenheit wieder in ihr Atelier kam, sah sie, daß sie unterdessen Besuch gehabt hatte.

Der neue Stadtbahnhof Warschauerstraße ist am heutigen Morgen zunächst allerdings nur einseitig in Betrieb genommen worden. Nachdem in der verflochtenen Nacht der Anschlag des alten Bahnhofs an die neue Bahnstrecke bewirkt worden, werden die Züge in der Richtung A (Eggensteiner Bahnhof) über diese geleitet.

Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekanntmachung: Eine große Anzahl von Kellerbränden im letzten Winter war darauf zurückzuführen, daß das Stroh, mit welchem die Kellerlichtschächte in oder vor den Hausdurchfahrten zum Schutze der Gas- und Wasserleitungs-Anschlüsse gegen Frost verstopft zu werden pflegen, von der Straße aus absichtlich und unabsichtlich durch Hineinwerfen von brennenden Streichhölzern, Cigaretten und dergleichen in die Kellerlichtschächte abschießenden Gitter in Brand gesetzt wurde.

Unglücksfall im Circus Busch. Dienstagabend hat sich bei der Vorführung der Söwemummer im Circus Busch ein Unglück ereignet. Ein störrischer Löwe langte mit der Zunge nach Miß Heliot aus und riß ihr die Ader am Handgelenk auf.

Die Kunst für das Volk!

Der Freien Volksbühne ist nunmehr der ablehnende Bescheid in Sachen der Ueberlassung der Säulenhalle für Kunstabende zugegangen. Er lautet:

Ihre Anträge auf Ueberlassung der Säulenhalle des Kolonischen, Humboldt-, Leibniz- und Luisenstädtischen Gymnasiums zwecks Veranstaltung von Kunstabenden für die Mitglieder der Freien Volksbühne bedauern wir nicht entsprechen zu können, nachdem sich die Direktoren der genannten Anstalten übereinstimmend gegen Gewährung des Antrags erklärt haben.

An den Verein Freie Volksbühne, Geschäftsstelle Nixdorf. Das ist alles. Die Direktoren haben es nicht für notwendig gehalten, auch nur einen Grund für ihre Ablehnung anzugeben. Und der Berliner Magistrat hat sich auch seinerseits um keinen Grund bemüht.

Inzwischen hat, wie bekannt, die Freie Volksbühne sich die Singakademie für ihre Kunst-Abende gesichert, deren erster — mit einem ausgewählten Programm — bereits am nächsten Sonntag stattfindet.

Im Untersuchungsgefängnis ist der Tischler Otto Reßbaum verunglückt, der sich seit einiger Zeit in Haft befindet. Er wurde beim Plagen eines Rohres der Dampfheizung so schwer verbrüht, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Schlächtermeister Paul Kust aus Neu-Weißensee, der am Montag früh, als er mit seinem Freunde und Berufsgenossen Franz Will auf dem Wege nach der Central-Warthalle durch die Prenzlauer Allee ging, an der Ecke der Wörtherstraße von drei Männern und zwei Frauen angegriffen wurde und drei Messerstücke in den Kopf erhielt.

Nach einem Zwist mit seiner Geliebten versuchte sich der Kellner Bruno Gohlfelder aus der Liedstraße 34 zu vergiften. Gohlfelder wohnte mit dem Mädchen seit vier Wochen in einem Pensionat.

blener hinein ging, fand er den Mann schwerkrank auf dem Sofa liegen; er hatte, um dem Jüdisch ein Ende zu machen, Salzsäure getrunken. Ein Arzt ließ ihn nach der Unfallstation in der Eichenborffstraße und von dort nach einem Krankenhaus bringen.

Die freie Hochschule läßt auch in diesem Quartal von ihrem Dozenten Dr. Magnus Hirschfeld einen Specialkursus über sexuelle Hygiene abhalten, nachdem der im vorigen Quartal zum erstenmal veranstaltete sich äußerst reger Teilnahme zu erfreuen hatte. Der Specialkursus für Damen beginnt am Dienstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr in der Charlottenschule, der für Herren am Mittwoch, den 21. Oktober, abends 9 Uhr, im Könlischen Gymnasium. Die Hörgeldgebühr beträgt für den ganzen Cyclus 3 M.

Zur wissenschaftlichen Theater der „Urania“ wird der neue Vortrag „An den Seen Ober-Italiens“ allabendlich zur Wiederholung gelangen. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend finden die letzten Nachmittags-Vorstellungen des Vortrags „Von der Zugspitze zum Watzmann“ statt. Im Hofsaal spricht am Freitag Herr Dr. Koh über die „Elemente des Bassers“ und am Sonnabend Herr Professor Müller über „Die Pflanze in Wehr und Waffe“.

Luisen-Theater. D. Kalisch's Gesangsposse „Berlin bei Nacht“, welche morgen, Donnerstag, im Luisen-Theater erstmalig in Szene geht, ist in den Hauptrollen mit den Damen Hüffel, Dolaski, Winter und den Herren Häner, Bartels, Majewski und Wald besetzt.

Aus den Nachbarorten.

Die socialdemokratische Fraktion der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte bekanntlich durch eine Petition angeregt, den Magistrat zu ersuchen, die Zeit für die Wahlmännerwahl zum Landtage möglichst auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen. Die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung lehnte jedoch die Petition ab, da man zu dem Magistrat das Vertrauen habe, daß er eine Zeit ansetzen werde, welche für die Rixdorfer Bürgerschaft am geeignetsten sei. Wie berechtigt die Anregung unserer Genossen war, zeigt sich jetzt. Der Magistrat hat nämlich beschlossen, die Stunde der Wahlmännerwahl am 12. November d. J. auf **vormittags 9 Uhr (!)** festzusetzen. Vielen Arbeitern ist es dadurch unmöglich gemacht, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Rixdorfer Arbeitergesellschaft wird sicher nicht verfehlen, gegen diese Terminfestsetzung ganz energischen Protest zu erheben.

Lichtenberg. „Ein betrügerischer Krankenkassenvorsteher“, unter dieser Ueberschrift weiß das „Berliner Tageblatt“ folgendes zu erzählen: „Die Zustände in der Lichtenberger Orts-Krankenkasse, die in der Presse wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen sind, werden immer verwickelter. Auf Betreiben einiger Vorstandsmitglieder ist jetzt gegen den Kassenvorstandenden Ledvyn seitens der königlichen Staatsanwaltschaft II Berlin ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet worden. Ledvyn wird von den Vorstandsmitgliedern beschuldigt, sich aus dem Kassenermögen unberechtigt dadurch Vorteile verschafft zu haben, daß er allmonatlich für entgangenen Arbeitsverdienst durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte größere Beträge liquidierte, trotzdem er gar keinen Ausfall an seinem Verdienste erlitten hat und in seiner Stellung, die er in einer Berliner Möbelfabrik bekleidet und die ihm die Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ohne Arbeitsverhältnis gestattet, von seinem Lohn ihm niemals ein Pfennig gekürzt worden ist. Mit Rücksicht auf das gegen Ledvyn eingeleitete Strafverfahren haben die übrigen Vorstandsmitglieder gleichzeitig bei der Kassenaufsichtsbehörde den Antrag gestellt, in seinem Amte als Kassenvorstandender zu entsetzen.“

Dieser wird uns mitgeteilt: Von einem Strafverfahren gegen Ledvyn, den ersten Vorsitzenden der Lichtenberger Orts-Krankenkasse, ist hier nichts bekannt. Wichtig ist nur, daß der erste Vorsitzende sowie der zweite Vorsitzende und der Rentant zu der fraglichen Angelegen-

heit polizeilich vernommen worden sind; es handelt sich vorläufig nur um ein Ermittlungsverfahren. Die „Vorteile“, die Ledvyn nach Angabe des „Berl. Tagebl.“ sich unberechtigt aus dem Kassenermögen verschafft hat, sind Vergütungen, auf die er Anspruch zu haben glaubte. Er hat Auslagen an Fahrgehalt, Porto usw. gehabt, die erheblich waren und nicht von ihm allein getragen werden konnten. Auch ist es Thatsache, daß ihm Arbeitsverdienst entgangen ist. Ledvyn steht bei seinem Arbeitgeber in Tagelohn. Er hat zu seiner Tätigkeit für die Krankenkasse einen Teil der für seine Erwerbsarbeit bestimmten Zeit verwenden müssen; infolgedessen hat er sich damit einverstanden erklären müssen, daß sein Arbeitgeber mit ihm einen geringeren Lohn vereinbarte. Das ist von seinem Arbeitgeber bescheinigt worden. Von einer betrügerischen Handlung kann gar keine Rede sein, und selbst wenn sich herausstellen sollte, daß, wie von anderer Seite angenommen wird, die Vergütung den Bestimmungen des Statuts widersprach, so darf dem beschuldigten Vorsitzenden nicht ohne weiteres der gute Glaube abgesprochen werden. Ledvyn hat er die Zustimmung von Vorstandsmitgliedern gehabt. Die ganze Hege geht von einer Persönlichkeit aus, die bei den Streitigkeiten der Lichtenberger Orts-Krankenkasse schon mehrfach ihre Hand im Spiele gehabt hat.

Die Angelegenheit ist am Sonnabend in der Generalversammlung der Krankenkasse durch Ledvyn selber zur Sprache gebracht worden. Er hat erklärt, er werde sein Amt erst niederlegen, wenn wirklich ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet werden sollte. In der Debatte wurde die Notiz des „Berl. Tagebl.“ eine Infamie genannt. Von verschiedenen Seiten wurde anerkannt, daß L. nicht in betrügerischer Absicht gehandelt habe.

Das neue Ortsstatut für das Rixdorfer Gewerbegericht ist soeben vom Bezirksausschuß in Potsdam genehmigt worden. Zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts hat der Magistrat den Stadtrat Hoffmann, zu Stellvertretern den Stadtrat Justizrat Würner und den Stadtverordneten Justizrat Abraham gewählt.

Verfälschtes Trinkwasser. Großes Aufsehen hat in Schmördorf und Wilmersdorf ein Erlass der Schulverwaltung erregt, nach dem, wie in der gestrigen Sitzung des dortigen Bürgervereins mitgeteilt wurde, den Kindern streng verboten worden ist, das Trinkwasser in der Schule zu genießen. Das Wasser soll seit längerer Zeit vollständig verdorben sein, sehr schlecht riechen und schmutzig aussehen. Der Bürgerverein hat beschlossen, die Gemeindevertreter anzusprechen, in dieser Angelegenheit unverzüglich den Gemeindevorstand zu interpellieren und die Hinzuziehung von Sachleuten zur sofortigen Abstellung des gefährlichen Uebelstandes zu verlangen.

Hast verhungert wurde im Spandauer Stadtwald gestern eine halbnackte ältere Frau angetroffen, die anscheinend aus Berlin ist. Die Kernste lauerte halb bewußtlos in einer Erdbvertiefung und war nicht im Stande, sich aus eigener Kraft zu bewegen. Vier Tage vorher waren bereits, in der Forst zerstreut, Frauenleidungsstücke gefunden worden, die ihr gehörten. Die Frau hat etwa eine Woche hilflos im Freien gelegen; sie wurde ins städtische Krankenhaus geschafft. Aus den wirren Reden, die sie öfters führt, hört man die Worte „Hermann“ und „Berlin“ heraus. Ausweisepapiere sind bei ihr nicht vorgefunden worden.

Steglich. Die rapide Entwicklung unfres Ortes brachte uns im Laufe dieses Jahres die Ueberschreitung des 25. Tausends der Einwohnerzahl und damit die Möglichkeit einer Diskussion der Frage des Ausscheidens aus dem Kreise Leitow und der Erwerbung der Stadtrechte. Der Haus- und Grundbesitzerverein behandelte alsbald die Frage in einer Versammlung, in welcher Herr Stadtverordneten-Vorsteher Müller-Schöneberg einen Vortrag hielt. Der Referent hob die idealen Vorteile hervor, welche unfrem Orte bei Stadterwerb erwachsen würden und rechnete außerdem bedeutende finanzielle Ersparnisse heraus. Die auch die Arbeiterschaft in hohem Grade interessierende Angelegenheit ist nunmehr so weit gediehen, daß der am kommenden Freitag stattfindenden Gemeinde-

vertreter-Sitzung ein Antrag des Gemeindevorstandes zur Prüfung und des Haus- und Grundbesitzer-Vereins vorliegt, den Gemeindevorstand zu ersuchen, die notwendigen Schritte zur Stadterwerb unfres Ortes einzuleiten. — Bei der bekannten Abneigung der maßgebenden Personen gegen das Ausscheiden von Ortlichkeiten aus dem Kreise dürfte die Stadterwerbungs-Schnelligkeit leider wohl noch lange Zeit ungesättigt bleiben.

*Weizen, gut D.-Gr.	15,80	15,75	Starkweizen, neue D.-Gr.	6,00	4,00
" mittel	15,72	15,68	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
" gering	15,64	15,60	" do. Bauch	1,50	1,10
*Roggen, gut	12,90	12,88	Schweinefleisch	1,80	1,10
" mittel	12,86	12,84	Rindfleisch	2,00	1,20
" gering	12,82	12,80	Sammelfleisch	1,80	1,10
†Gerste, gut	14,50	13,40	Butter	2,60	2,00
" mittel	13,30	12,20	Eier	60 Stück	5,00
" gering	12,10	11,00	Karpfen	1 kg	2,20
†Hafer, gut	16,00	14,90	Kale		2,60
" mittel	14,80	13,80	Jander		3,00
" gering	13,70	12,70	Kedde		2,00
Nachtbrot	4,00	3,65	Barche		1,80
Hefe	7,00	4,80	Schleie		3,20
Erbsen	40,00	25,00	Blei		1,40
Speldebohnen	50,00	25,00	Arche	per Schof	18,00
Linse	60,00	20,00			

Barbier- und Friseurgehilfen. Donnerstag, den 13. Oktober, abends 10 Uhr: Öffentliche Verammlung der Barbier- und Friseurgehilfen Berlins und Umgegend im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Abschaffung des Stof- und Logiszwangs beim Arbeitgeber? Referent: Ekfort Hamburg. 2. Freie Aussprache und Anträge dazu. 3. Gewerkschaftliches.

Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahn-Unglück wird aus Posen vom Mittwoch berichtet: Heute früh wurde, wie die „Posener Neuesten Nachrichten“ melden, zwischen den Stationen Altnick und Wargowo von dem um 4 Uhr von Posen abgehenden Güterzug 7647 ein Milchwagen aus Sobota überfahren; der Führer des Wagens wurde auf der Stelle getötet, der Wagen völlig zertrümmert.

In Sachen der Engelwäckerin Wiese finden, wie man aus Hamburg meldet, täglich Vernehmungen statt. Heute wurde die Wiese mehreren Zeugen gegenübergestellt. Gestern ist ein Kriminalbeamter nach Hannover gereist, um dort die Ermittlungen nach der Mutter des spurlos verschwundenen fünftens Kindes anzustellen. Inzwischen ist noch ein sechster Fall hinzugekommen, und zwar handelt es sich angeblich um ein der Wiese übergebenes Kind, das aus der Umgegend von Hannover stammen soll. Die Verhaftete bleibt trotz aller Beweise und belastenden Aussagen bei ihrem beharrlichen Leugnen.

Aus Sonneberg wird gemeldet: Die Spielwaren-Fabrik von Fleischmann u. Graemer, die größte ihrer Art, ist gestern nacht vollständig niedergebrannt. Das Feuer brach im Bodraum aus und verbreitete sich so schnell, daß die Feuerwehr machtlos war und sich beschränken mußte, die umliegenden Anwesen zu schützen.

Briefkasten der Redaktion.

C. G. in Charlottenburg. Die Berliner städtischen Fortbildungsschulen für Jünglinge befinden sich: Wasserwerkstraße 31, Reichenbergerstr. 17/18, hinter der Garnisonstraße 2, Heinersdorferstraße 18, Hagelsbergerstr. 34, Turmstr. 86, Gröbnerstr. 85/88, Luisenparkstr. 23, Fruchtstr. 38, Reichenbergerstr. 44/45, Ravenstr. 12, Derfflingerstr. 18a, Prinzenallee 8. Der Unterricht hat am 7. Oktober begonnen. — **Frang 100.** Gewerbelast 7. Abteilung, Schulhaus, Ravenstr. 4. Anmeldung durch Sie. Näheres abends bei dem Dirigenten. — **Schulanke.** B. R. Abonnements-gültigkeit. — **H. B.** Wiederholen Sie die Aufgabe. — **H. G. 12.** I. K. Kolb, Reichenbergerstr. 72a (Freie Hilfskasse der Tischler). 2. Naturheilverein Berlin, Sebastianstr. 27.

Warenhaus A. Wertheim

Extra-Preise

Leipzigstr. 132/135 (Versand-Abteilung). — Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
soweit der Vorrat reicht:

Gemüse-, Frucht- und Fisch-Konserven

Stangenspargel II	1/2 Dose 1,20, Dose 65 Pf.	Saure Kirschen ohne Steine	1/2 Mk., Dose 55 Pf.
Stangenspargel I	1,40, „ 75 Pf.	Saure Kirschen mit Steine	„ 75 Pf., „ 43 Pf.
Stangenspargel extra stark	1,65, „ 88 Pf.	Erdbeeren	1,15 Mk.
Riesenbruchspargel	1,30, „ 70 Pf.	Erdbeeren transparent	1,65, Dose 88 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	60 Pf., „ 35 Pf.	Preisselbeeren	63 Pf.
Abschnittspargel	45 Pf., „ 28 Pf.	Aprikosen 1/2 Frucht	1,25, „ 68 Pf.
Schoten	38 Pf., „	Birnen rot, weiss	70 Pf., „ 40 Pf.
Feine Schoten	53 Pf., „ 32 Pf.	Stachelbeeren	
Extra feine Schoten	80, „ 45 Pf.	Johannisbeeren	
Kaiserschoten	1,15, „ 63 Pf.	Kirschen	Dunstfrüchte
Schoten u. Karotten	55, „ 32 Pf.	Heidelbeeren	Glas 55 Pf.
Gemischt. Gemüse	60, „ 35 Pf.	Pflaumen	
Kohlrabi	26, „ 18 Pf.	Birnen	
Wirsingkohl	45, „ 28 Pf.	Kirschen ohne Steine, mit Zucker	Glas 65 Pf.
Morcheln Ia.	1,25, „ 68 Pf.	Marmelade Topf ca. 1 Pfd.	57 Pf.
Morcheln	1 Mk., „ 55 Pf.	gemischte, Eimer ca. 3 Pfd.	85 Pf.

Bratheringe	Dose 45 Pf.
Heringe in Aspice	Dose 38 Pf.
Aal in Gelee	Dose 80 Pf.
Delikatessheringe	verschieden Saucen 1/2 Dose 78 Pf.
	1/2 Dose 50 Pf.
Ölsardinen „La Rose“	Dose 32 Pf.
Gänse	Pfd. 57 Pf.
Italien. Weintrauben	Postkiste ca. 8 Pfd. 1.20 Mk.
Tiroler Äpfel	Pfd. 20 Pf.

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbesen	Pfund 14 Pf.
Enthülste Erbsen	Pfund 17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 13 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund 15 Pf.
Grosse Linsen	Pfund 16 Pf.
Mittelgrosse Linsen	Pfund 12 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund 20 Pf.
Runde Bohnen	Pfund 13 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund 15 Pf.
Bassein-Reis	Pfund 18 Pf.
Java-Reis II	Pfund 23 Pf.
Java-Reis I	Pfund 28 Pf.
Weizenmehl	in Beuteln à 5 u. 10 Pfd., Pfd. 13 Pf.
Kaiserauszug-Mehl	„ Pfd. 16 Pf.
Budapester Mehl	„ Pfd. 19 Pf.

Moselwein

Obermoseler	1/2 Fl. 52 Pf.
1900 ^{er} Bruttiger	„ 70 Pf.
Lieserer	„ 80 Pf.
1900 ^{er} Zeltinger	„ 90 Pf.
1900 ^{er} Trabener	„ 95 Pf.
1897 ^{er} Trittenheimer	„ 1.10 Mk.
1901 ^{er} Enkirch. Steffansberger	„ 1.30 Mk.

Rheinwein

Alsheimer	1/2 Fl. 65 Pf.
Lorcher	„ 75 Pf.
Dienheimer	„ 85 Pf.
1900 ^{er} Niersteiner	„ 1 Mk.
1899 ^{er} Ockenheimer	„ 1.05 Mk.
1900 ^{er} Rudesheimer	„ 1.10 Mk.
1897 ^{er} Oppenheimer	„ 1.30 Mk.

Bordeauxwein

Montferrand	1/2 Fl. 80 Pf.
Médoc	„ 85 Pf.
1900 ^{er} Château Malecot	„ 90 Pf.
1900 ^{er} Margaux	„ 1.10 Mk.
1900 ^{er} Chât. Beycheville	„ 1.20 Mk.
1896 ^{er} Cru Grand Ponjeaux	„ 1.50 Mk.
1895 ^{er} Château Citran	„ 1.75 Mk.